

Strafe für die Befreiung von den Falschen

Kambodscha nach dem Krieg (1979)

Günter Giesenfeld

Wenn es in unserer Presse, in unseren Medien aus Anlass des Jubiläums der Befreiung Kambodschas von der Pot Pot-Schreckensherrschaft Berichte aus diesem Land gibt, dann wird mit Bezug auf die Gegenwart psalmodierend die Behauptung wiederholt, in Kambodscha herrsche mit Hun Sen ein Diktator, der sein Volk systematisch unterdrücke. Wenn man aber die Geschichte dieses Landes seit dieser Befreiung verfolgt, ergibt sich ein anderes Bild.

Mit den Bomben fing es an

Der kleine Ort Neak Long liegt 30 Meilen von Phnom Penh entfernt am Mekong. Er wurde im August 1973 von der US-Luftwaffe bombardiert. Mehr als 100 Bauern starben. Die US-Luftwaffe erklärte, nachdem der geheime Überfall publik wurde, es sei ein „Irrtum“ gewesen. Die Crew des Flugzeugs wurde zu einer Strafe von insgesamt 700 US-\$ verurteilt. Und aus Phnom Penh kam der Botschafter der USA, Emory Swank, in das Dorf und gab jeder betroffenen Familien einen 10 Dollar-Schein. Aber dieser Angriff war nur einer von hunderten zur selben Zeit, die in den USA sorgfältig geheim gehalten wurden – vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit.

Und die Familien dieser zehntausend betroffenen Opfer erhielten keinen Besuch aus Phnom Penh.¹ Damals hatten Präsident Nixon und sein Vertrauter Henry Kissinger beschlossen, den Krieg in Vietnam auf Kambodscha auszudehnen. Bombardierungen im Grenzgebiet dieses Landes zu Vietnam sollten den Ho Cho Minh-Pfad treffen und verhindern, dass Waffen und Soldaten vom Norden in den Süden gebracht wurden.

Damals war Kambodscha eigentlich noch ein Land, mit dem die USA freundschaftliche Beziehungen pflegten. In Phnom Penh hatte bis 1970 der Prinz Norodom Sihanouk geherrscht, aber der hatte sich durch seine Neutralitätspolitik längst in Washington unbeliebt gemacht.

¹ John Pilger: *Heroes*, London 1986, S. 379

Er wurde denn auch durch einen Putsch rechter Militärs in Abwesenheit gestürzt. Das neue Militärregime wurde von den USA sofort anerkannt. Lon Nol, der neue Machthaber, machte Schluss mit der Politik Sihanouks. Deswegen ist die Vermutung keineswegs abwegig, dass Washington von den Putschplänen wusste und sie nicht verhindert hat. Jedenfalls erlaubte der neue Machthaber sofort den Streitkräften von Südvietnam und den USA, in seinem Land sogenannte Stützpunkte der Befreiungsfront anzugreifen. Die Bombardierung Kambodschas, die Zehntausenden von Bauern das Leben kostete, musste aber noch geheim gehalten werden, da es im Kongress keine Mehrheit für diese Aggression gab.

Fünf Jahre später, mit der Übernahme der Macht in Kambodscha durch die Roten Khmer war Kambodscha „befreit“ worden. Viele Menschen in aller Welt begrüßten zunächst, dass der Vietnamkrieg damit auch in Kambodscha zu Ende gegangen war. Es dauerte aber nicht lange, bis die Armee Pol Pots begann, an der Grenze zu Südvietnam Überfälle gegen vietnamesische Dörfer zu unternehmen. Diese waren von Massakern an vietnamesische Bauern begleitet. Allmählich wurde Beobachtern deutlich, dass hier aus amerikanischer Sicht eine positive Entwicklung in Gang kam. Es könnte ja vielleicht gelingen, Vietnam für seinen Sieg von 1973 gegen die USA endlich zu „bestrafen“ – wenn auch nur stellvertretend durch das Pol Pot-Regime.

Diese neue Konstellation war schon zuvor absehbar gewesen. Nixons geheime Bombardierung Kambodschas, die

offiziell der Zerstörung der Kommunikationslinien zwischen der DRV und den Befreiungs-Streitkräften in Südvietnam diente (also des sogenannten „Ho Chi Minh-Pfades“), kostete nicht nur schätzungsweise 600.000 Menschen in Kambodscha das Leben, sondern hatte noch eine andere Konsequenz: Die Bombardierungen verschafften einer kleinen radikalen Gruppe in der Befreiungsbewegung Kambodschas² den Vorwand für eine „Revolution“, die ohne sie keinerlei Rückhalt in der Khmer-Bevölkerung hatte³. Jetzt konnten die ultra-maoistischen Führer der späteren „Roten Khmer“, die 1953 aus Paris nach Kambodscha zurückgekehrt waren, sich zur stärksten Kraft entwickeln. Sie schalteten alle anderen Gruppen des Widerstandes aus und marschierten 1975 in Phnom Penh als Sieger ein. Ihre Vertreibung durch die vietnamesische Armee vier Jahre später war demzufolge auch eine herbe Niederlage für die Politik der USA bei ihrem Bemühen, die Befreiung Vietnams von 1975 rückgängig zu machen oder den Aufbau möglichst stark zu behindern und damit das Vertrauen des Bevölkerung der Regierung gegenüber trotz des Sieges zu zerstören.⁴

Für Washington standen die Befreier Kambodschas vom Massaker-Regime

2 Diese setzte sich aus mehreren unterschiedlichen Gruppen zusammen, von denen die Pol Pot-Leute zunächst nur eine sehr kleine Minderheit waren. Vgl. Günter Giesenfeld: *Land der Reisfelder*, Hamburg 2018³, S. 224ff.

3 Pilger a.a.O., S. 378

4 Dieser Zusammenhang kann hier nur angedeutet werden. Vgl. dazu ausführlich: William Shawcross: *Sideshow. Nixon and the Destruction of Cambodia*, 1979

Pol Pots „auf der falschen Seite im Kalten Krieg“. Deswegen wurde alles daran gesetzt, diese Befreiung als eine Besetzung durch fremde – vietnamesische – Truppen erscheinen zu lassen. Die westliche öffentliche Meinung schloss sich dem mehrheitlich an, und auch in unseren Zeitungen war nur noch von der „Eroberung“ Kambodschas die Rede – dass damit eines der blutigsten Unterdrückungsregimes der Neuzeit gestürzt, ein Völkermord beendet worden war, spielte keine Rolle mehr.

Diese Umwertung wurde in der UNO in faktische Politik umgesetzt, wo die Mehrheit der westliche Regierungen einen chinesischen Antrag unterstützte, Pol Pots *Demokratisches Kampuchea* nach wie vor als offizielle Vertretung des Landes anzuerkennen. Dieser Beschluss bedeutete, dass dem Land alles verweigert wurde, was in einem solchen Fall sonst üblich war: Hilfe durch die internationalen Hilfsorganisationen und das UN-Entwicklungsprogramm beim Aufbau, Kredite durch die asiatische Entwicklungsbank und die Weltbank. Allen diesen Institutionen war es verboten, Hilfe zu leisten, nicht einmal bei der schon unter Pol Pot ausgebrochenen Pocken-Epidemie.

Trotzdem war den USA daran gelegen, ihre Unterstützung der Roten Khmer, deren Überreste sich im Nordosten des Landes verschanzt hatten, nicht allzu offen zu zeigen. Anfang 1980 begann man also heimlich, Pol Pot durch Geldzuwendungen zu unterstützen⁵. Dies

wurde aber von den *Vietnam Veterans of America* bald aufgedeckt. Jonathan Winer, ein Anwalt und Mitglied des außenpolitischen Komitees des Senats, hatte die Nachricht in einem Brief erwähnt. Wenig später widerrief Winer auf Druck der Reagan-Administration die Information, bestätigte sie in einem Brief an Noam Chomsky jedoch später wieder. Man musste nach anderen Wegen suchen, solche Hilfe an die Völkermörder zu kaschieren.

Rehabilitation der Massenmörder

Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater von Präsident Carter⁶ hatte die Idee der Gründung einer *Kampuchean Emergency Group* (KEG), die in der Botschaft der USA in Bangkok und in Thailand an der Grenze zu Kambodscha Niederlassungen unterhielt.⁷ Ihre Aufgabe war „die Überwachung der westlichen humanitären Hilfe in den Flüchtlingslagern in Thailand und außerdem *die Versorgung der Basen der Khmer Rouges im Grenzgebiet*“.⁸

Damit konnte die Unterstützung der Roten Khmer sogar mit UN-Mitteln erfolgen und war damit legitimiert. Unter Druck aus Washington übergab das

⁵ 1980 bis 1986 insgesamt etwa 84 Mio. US-\$.

⁶ Und Nachfolger von Henry Kissinger, der unter Nixon die Rolle des führenden Kriegsherrn des Westens innehatte.

⁷ Vgl. John Pilger: *Distant Voices*, London 1992, S. 409f.

⁸ Diese offizielle Formulierung in dem entsprechenden Kongress-Beschluss wurde von der UNO offensichtlich akzeptiert. (Hervorhebung von mir).

Welt-Ernährungsprogramm sofort Lebensmittel im Wert von 12 Mio US-\$ an die thailändische Armee zur Weitergabe an die Roten Khmer. „20.000 bis 40.000 Pol Pot-Guerillas profitierten davon“, so Richard Holbroke, früherer Staatssekretär⁹. John Pilger hat im Jahre 1980 bei einer Drehtour für ein Filmprojekt eine Kolonne von 40 Lastwagen gesehen, wie sie in ein Flüchtlingslager kam und ausgeladen wurde. Die offizielle Leiterin des Konvois, Phyllis Gestrin, Professorin für Psychologie an der University of Texas in Austin „war unzufrieden und missbilligte offen das, was sie da tun musste: ‚Ich mag nicht darüber nachdenken, was diese Hilfe soll. Ich traue diesen Leuten in den schwarzen Hemden nicht‘“¹⁰. Es war ein Stützpunkt der Roten Khmer.

Etwa um 1981 begannen einige westliche Regierungen, sich unbehaglich zu fühlen, dass die UNO immer noch Pol Pot anerkannte und nicht die inzwischen auch durch international überwachte Wahlen bestätigte Regierung in Phnom Penh. Es war klar, dass man eine neue „Maske“ brauchte. Die USA und China, unterstützt von Singapur, erfanden 1982 eine *Demokratische Koalitionsregierung* von Kambodscha, die, wie Ben Kiernan sich ausdrückte, weder demokratisch, noch eine Koalition noch eine Regierung war¹¹. Es war das, was die CIA eine „master illusion“ nannte¹². Prinz Siha-

nouk wurde als ihr Präsident genannt. Man erfand in Washington eine „Partei“ Sihanouks und eine „Nationale Befreiungsfront des kampucheanischen Volkes“, beide existierten nur auf amerikanischen Papieren.

John Pilger, der australische Journalist, der als erster nach dem Sturz des Pol Pot-Regimes 1980 in Kambodscha war¹³, hat auch die Grenze zwischen Thailand und Kambodscha besucht, wo sich die Operationsbasis der KEG befand „in einem großen Haus mit einer Sendeantenne auf dem Dach und einer Flotte nummernschildloser weißer Kombis, die ebenfalls Funkantennen tragen“. Er zitiert den „Flüchtlingskoordinator“ der KEG Lionel Rosenblatt: „Ich habe das Gefühl, was wir hier machen, ist die angemessene Fortsetzung unseres Krieges in Vietnam“. Die KEG hatte dafür zu sorgen, die Hilfslieferungen der UNICEF, die aus den USA, Großbritannien und Europa stammten, an die Roten Khmer weiterzuleiten. Ihr Ziel sei, schreibt Pilger, „die Destabilisierung von Kambodscha und, wichtiger noch, von Vietnam. Die Wichtigkeit der Roten Khmer für die US-Strategie kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.“¹⁴ Es war damals Journalisten bekannt, dass das Flüchtlingslager Sa Kaeo in Thailand nominell unter der Kontrolle des UNHCR stand, in Wirklichkeit

9 Zit nach Pilger 1992, S. 410

10 Pilger ebda.

11 *Inside Asia*, Februar und Juni 1985, zit. bei Pilger 1992, S. 412

12 Pilger 1992. S. 412

13 Und dort einen Dokumentarfilm drehte mit dem Titel *Year Zero*.

14 Bericht im *New Statesman*, 1980, von der DVZ in Deutsch am 28.9.1980 nachgedruckt und im VNK 6/1980 gekürzt übernommen. Nachgedruckt in John Pilger 1986, S. 411f

aber ein militärischer Stützpunkt der Roten Khmer war.

Die Vereinten Nationen wurden nun immer mehr zu einem Instrument, um die Verbrechen der Roten Khmer zu verharmlosen und die Massenmörder zu rehabilitieren, und Kambodscha wurde zum Terrain der Fortsetzung des US-Krieges gegen Vietnam mit anderen Mitteln. Nicht nur wurde der neuen Regierung in Phnom Penh der Sitz in der Vollversammlung versagt, sie war auch ausgeschlossen von allen internationalen Vereinbarungen über Handel und Kommunikation, sogar die Weltgesundheitsorganisation WHO durfte nicht mit ihr kooperieren. In ihrer gesamten Geschichte hat die UNO nur ein einziges Mal Ländern der dritten Welt so radikal ihre Hilfe verweigert: Kambodscha und Vietnam nach 1979. Nicht einmal Kuba oder die Sowjetunion waren je so behandelt worden.

Die KEG behauptete gegen jede Evidenz, die Hilfe der UNO gehe nur an die „nichtkommunistischen“ Partner der Roten Khmer. Bis 1990 hat der US-Kongress diese Behauptung akzeptiert, allerdings liefen die umfangreicheren Waffenlieferungen auf ihrem Weg zu Pol Pot über andere Länder: „Während die USA alle Rechnungen bezahlten und die Armee von Thailand die logistischen Aufgaben übernahm, wurde Singapur der Partner, der die gelieferten Waffen an die Roten Khmer weiterleitete. Singapurs Premierminister Lee Kuan Yew war ein offener Unterstützer der amerikanischen Politik und behauptete: „Nur die

Journalisten haben aus den Roten Khmer Dämonen gemacht.“¹⁵ So kamen Waffen zu den Roten Khmer, die aus Deutschland, Schweden und den USA stammten. So konnte man auch ein Gesetz umgehen, das der US-Kongress 1989 verabschiedet hatte und das ausdrücklich jegliche Lieferung von Waffen an Pol Pot verbot. Im August 1990 enthüllte ein Soldat der *special forces*, dass er Anweisung erhalten habe, alle Hinweise über Lieferungen an Singapur für die Roten Khmer aus den Archiven zu entfernen.

Großbritannien hatte schon früh die Politik der USA gegenüber Kambodscha aktiv unterstützt. 1989 wurde öffentlich aufgedeckt, dass Sabotagegruppen Pol Pots schon seit 1986 von britischen Truppen ausgebildet worden waren. In seinem Film *Cambodia year ten* (1989) hatte John Pilger die englische Premierministerin Margaret Thatcher interviewt: Diese sagte zu ihm auf seine Frage nach den Roten Khmer: „Die meisten Leute denken, dass Pol Pot selbst nicht wiederkommen sollte, ebenso wenig wie seine Unterstützer, die bei den schlimmen Dingen aktiv mitgewirkt haben, die passiert sind. Ich denke, dass es bei den Roten Khmer zwei Gruppen gibt. Natürlich gibt es Rote Khmer, die ganz anders sind. Und eine viel viel größere Gruppe von ihnen sind viel vernünftiger.“ Auf die Nachfrage, woher sie das wisse, sagte sie: „Na ja, das ist das, was Leute behaupten, die Bescheid wissen ... Das heißt, dass es vernünftigeren Roten Khmer gibt, die in der Zukunft eine Rolle

15 John Pilger: *Year Zero*, in: Pilger (Hrsg.): *Tell me no Lies*, London 2005, S. 140

in der Regierung spielen müssen.“ Als Pilger weiter fragte, wer denn die „vernünftigen“ Roten Khmer seien, brach ein Offizier des Außenministeriums das Interview vorzeitig ab mit den Worten: „Stop this now!“¹⁶. Pilger hatte den Eindruck, dass selbst die Mitglieder des Londoner auswärtigen Amtes das Gefühl hatten, ihre Politik den Roten Khmer gegenüber sei nicht vertretbar.

Den behaupteten „nichtkommunistischen“ Widerstand außerhalb der Roten Khmer¹⁷, von dem im Westen so oft gesprochen wurde, gab es, allerdings nur in Phnom Penh: Das waren vor allem Sihanouk-Anhänger, und solche des Ex-Außenministers Son Sann. Sie waren weder zahlreich noch organisiert. Und sie waren absolut bedeutungslos gegenüber den damals noch 25.000 Rote Khmer-Kämpfern im Untergrund, und diese duldeten keinerlei Konkurrenz um die Macht in ihren Camps. Nur in den politischen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt spielten sie eine gewisse Rolle. König Sihanouks Sohn, Norodom Ranariddh, der sich damals zu den Roten Khmer bekannte, sagte: „Die Roten Khmer sind die einzige Angriffsmacht, deren Siege wir als unsere eigenen feiern.“¹⁸

16 Pilger 2005, S. 141

17 Seitdem man behauptete, es gebe auch „moderate“ Anhänger Pol Pots, wurden die Roten Khmer im Westen nicht mehr als „kommunistisch“ bezeichnet. In der Tat war die Kommunistische Partei Kambodschas (eigentlich Pol Pots Partei) 1979 offiziell aufgelöst worden.

18 Pilger 2005, S. 142

Regionale Friedensinitiativen

In Malaysia und Indonesien hatte man erkannt, dass die Vietnamesen eine legitime Furcht vor der Rückkehr der Roten Khmer nach Phnom Penh hatten, die sich über die Zusammenarbeit mit Sihanouk anzubahnen schien. Der australische Außenminister Bill Hayden berichtet von einem Gespräch mit Hun Sen, dem Premierminister von Kambodscha, in dem dieser gesagt hatte: „Wir sind bereit, Sihanouk und anderen Konzessionen zu machen, wenn sie damit einverstanden sind, mit uns zusammenzuarbeiten bei der Beseitigung Pol Pots.“ Da schien sich die Möglichkeit einer Allianz zwischen Sihanouk und Hun Sen gegen die Roten Khmer anzudeuten. Aber sie wurde im Keim vom US-*State Department* „torpediert“¹⁹.

Ein weiterer Ansatz zu einer friedlichen Einigung ergab sich noch 1990, als Thailands Premierminister Chatichai Choonhavan Hun Sen nach Bangkok einlud und als offizielle Politiker aus Bangkok geheim in Phnom Penh waren, um dort Pläne zur Entwicklung und zum gegenseitigen Handel zu beraten. Es lag sogar der Vorschlag zu einer Konferenz unter Ausschluss der Großmächte vor. Kraisaak Choonhavan, Sohn und politischer Berater des Premierministers sagte zu Pilger: „Wir wollen, dass die Roten Khmer aus ihren Basen auf thailändischem Boden vertrieben werden. Und wir verlangen von den Westmächten, dass sie ihre Waffenlieferung an sie ein-

19 *The Economist* 30.9.1989, zit. bei Pilger 1992, S. 474

stellen.“ Das war ein bemerkenswertes Statement von einem der zuverlässigsten Partner der USA in Südostasien. Aus Washington kam dann auch postwendend die Drohung, Thailand würde „bezahlen müssen, wenn es diese neue Politik weiter verfolge“. Im März 1991 wurde die Regierung Chatichai durch eine Militärrevolte gestürzt. Es fällt schwer, hinter diesem Putsch nicht die „Mitwirkung“ Washingtons zu vermuten. Für den neuen Machthaber war Pol Pot ein „netter Junge“ (nice guy), das Militär wurde gegen Demonstranten in Bangkok eingesetzt, die sich für die Demokratie einsetzten. Hunderte wurden erschossen.

Sogar aus Japan kamen Vorschläge. Die Regierung in Tokio bot an, eine spezielle Untersuchungskommission einzurichten, die die Verbrechen der Roten Khmer aufklären sollte. Das Außenministerium in Washington lehnte den Vorschlag ab, weil er „Verwirrung in die internationalen Friedensbemühungen bringen“ könnte.²⁰

UNTAC und Pariser Abkommen

Schließlich kam es 1991 zu einer von Frankreich initiierten Friedenskonferenz in Paris. Wenn man die berichteten politischen Aktionen Washingtons bedenkt, die noch stattfindenden, während die Konferenz in Paris schon vorbereitet wurde, ja schon stattfand, dann wird klar, dass deren Chancen, einen dauerhaften Frieden zu erreichen, begrenzt waren.

Die militärische Lage hatte sich nämlich inzwischen so zugespitzt, dass ein Bürgerkrieg zu befürchten war. Verschiedene Länder in der UNO sahen sich – auch weil die vietnamesischen Truppen inzwischen Kambodscha verlassen hatten – genötigt einzugreifen. Es gelang der UNO, die beiden wichtigsten Vertreter der kambodschanischen Politik, Norodom Sihanouk und Hun Sen²¹, im Dezember 1987, erstmalig im Ausland zu Gesprächen an einen Tisch zu bringen.

Nach einem weiteren Vorgespräch mit erweitertem Teilnehmerkreis in Jakarta lud dann die französische Regierung zur Friedenskonferenz nach Paris ein, die im August 1989 begann. Unter indonesischer und französischer Vermittlung befasste sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gleichzeitig mit der Lage. Am 24. Juni 1991 wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

Die Konferenz beschloss folgende Punkte zur Beilegung des Kambodscha-Konflikts: sofortiges Ende des Blutvergießens, Wahrung von Menschenrechten sowie das Einbeziehen anderer Staaten zur Sicherung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Integrität und nationalen Einheit Kambodschas. Gleichzeitig sollten Waffenlieferungen nach Kambodscha von außen verboten, die jeweiligen Streitkräfte entwaffnet und reduziert, die Rückkehr von etwa 30.000 Flüchtlingen organisiert werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele wurde ein Aktionsplan beschlossen, der eine Übergangsverwaltung durch die UNO, UNTAC vorsah, die in Kambo-

20 Über alle diese Initiativen berichtet Pilger 1992, S. 475

21 Er war zu der Zeit Premierminister der Regierung Heng Samrin in Phnom Penh.

dscha Regierungsfunktion ausüben sollte. Zu diesem Zweck wurden 20.000 UN-Mitarbeiter nach Kambodscha entsandt, sie sollten vor allem faire und gleiche Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten.

Dieser von den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates der UNO ausgearbeitete „Friedensplan“, wies jedoch deutliche Spuren amerikanischen Einflusses – durch Henry Kissinger – auf. Dieser sorgte unter anderem dafür, dass China eine führende Rolle im südostasiatischen Raum zugesprochen wurde, außerdem wurde weiterhin die Rolle der Roten Khmer verharmlost. So wurde überall dort, wo das Wort „Genozid“ stand, eingefügt: „Politische Maßnahmen und Praktiken der jüngsten Vergangenheit“²². Damit wurde der Genozid der Roten Khmer – und das war der eigentlich Zweck der Sprachregelung – auf eine Stufen gestellt mit der Befreiung Kambodschas durch die vietnamesischen Truppen. So geschah genau das, was Pol Pot schon 1988 gefordert hatte: „Wir müssen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die vietnamesische Aggression konzentrieren und sie von unseren vergangenen Fehlern ablenken.“²³

Es hatte sich also kaum etwas geändert seit der Zeit, als der australische Außenminister Bill Hayden im Jahre 1983 seine Vermittlung angeboten hatte. Ihm wurde vorgeworfen, „auf die Betrügereien der Kommunisten hereinzufallen“.

US-Außenminister George Shultz nannte das Angebot „dumm“ (stupid). Zu dieser Zeit forderten die Vietnamesen als einzige Bedingung für ihren sofortigen Rückzug, dass die Roten Khmer daran gehindert werden müssten, wieder an die Macht zu gelangen. Mehrere südostasiatische Staaten begrüßten dieses Angebot, die USA wiesen es zurück. Shultz warnte die ASEAN-Staaten eindringlich davor, Friedensangebote an die Vietnamesen zu machen, denn diese „könnten sie eines Tages akzeptieren“ (sic!).²⁴

Während man also fortfuhr, die Vietnamesen weiterhin als „Aggressoren“ zu verleumden, wurde die Bewertung der Roten Khmer immer deutlicher ins Positive korrigiert. Douglas Pike²⁵ beschrieb Pol Pot als einen „charismatischen“ und „populären Führer“, unter dessen Herrschaft „die Bauern kaum die Erfahrung von Brutalität gemacht hatten“. Pike riet dazu, die Roten Khmer politische Macht in Kambodscha ausüben zu lassen. Dies sei übrigens der Zweck des „Friedensplans der USA.“

1980 hatte die CIA einen „Demographischen Bericht“ veröffentlicht, in dem behauptet wurde, Pol Pot habe in den letzten zwei Jahren seiner Herrschaft „keinerlei Exekutionen durchgeführt“. Infolgedessen lehnte es Vize-Außenminister Richard Salomon ab, Pol Pots Verbrechen als „Genozid“ zu bezeichnen – im Gegensatz zur offiziellen unmissverständlichen Linie des Außenministeriums.

22 Obwohl die Roten Khmer nicht an der Konferenz teilnahmen, hatten sie Beobachter nach Paris geschickt, die von amerikanischen und anderen westlichen Teilnehmern auf dem laufenden gehalten wurden.

23 Pilger 2005, S. 147

24 *Bangkok Post*, 13.7.1985

25 Historiker und Fachjournalist für Südostasien, Berater des Außenministeriums. Autor des Aufsatzes *The Vietcong Strategy of Terror* (1970), geschrieben für das Außenministerium. Vgl. seine Rolle nach der Tet-Offensive: VNK 1-2018.

ums. In der Presse wurden jetzt Stimmen laut, die das „Getöse um die Terrorgeschichten“ verurteilten.²⁶ Es wurde behauptet, 20 % der Kambodschaner würden immer noch Pol Pot unterstützen.²⁷

In Großbritannien forderte der Reporter Terry McCarthy die Westmächte auf, die Hand zu den Roten Khmer auszustrecken“, die „Genoziddebatte“ sei jetzt genug ausgewalzt worden. Die Roten Khmer hätten sich verändert, sie seien jetzt „respektiert wegen ihrer Disziplin und Redlichkeit (honesty)“. Man bewundere sie, denn sie hätten „die Qualität, die die meisten Schichten der kambodschanischen Gesellschaft vermissen“ ließen.²⁸

Solche Lobeshymnen auf die Roten Khmer nahmen zuweilen sogar rassistische Züge an. Man sprach über „Eigenheiten“ der kambodschanischen Rasse. Die normalen Kambodschaner hätten es erlaubt, dass solche Gräueltaten verübt worden seien. Denn so seien sie eben *genetisch*. Michael Fathers schrieb: „Die Kambodschaner sind ein neurotisches Volk, sie haben einen Verfolgungskomplex.“²⁹

Die *Times* berichtete, Pol Pot habe befohlen, die Tier- und Pflanzenwelt des Landes müsse geschützt werden. Kambodschaner sollten keine Vögel oder andere Tiere töten, denn sie seien ein wichtiger Teil des nationalen Erbes“. ³⁰ Als Quellen für diese bio-ökologischen

Nachrichten wurden *westliche Geheimdienste* angegeben, und als Gewährsmann galt diesen der notorische Mörder Ta Mok, der Tausende Lebewesen der menschlichen Art zwischen 1975 und 1979 hingerichtet hatte. Damals wie heute wird er in Kambodscha „der Schlächter“ genannt. In dem Todesgefängnis von Toul Sleng in Phnom Penh wurden mindestens 20.000 Menschen umgebracht.

Stimmen, die sich gegen diese Geschichtsklitterung wandten, wurden systematisch zum Schweigen gebracht. Die Hilfsorganisation *Oxfam* veröffentlichte 1988 ein Buch ihrer Beauftragten in Phnom Penh und Leiterin des Hilfsprogramms für kambodschanische Arbeiter Eva Mysliwiec³¹, das einige dieser Behauptungen anzweifelte. Daraufhin erteilte die *Charity Commission* in London Oxfam 1991 eine Rüge, weil die Organisation „ihre Kampagne gegen Pol Pots Rückkehr mit zu viel Energie verfolgt“ habe. Da man der Organisation deswegen die Gemeinnützigkeit und damit jegliche Subventionen zu streichen drohte, zog Oxfam das Buch aus dem Handel. Yun Yat, Pol Pots „Informationsminister“, jubelte: „Das Problem ist beseitigt.“³²

26 So der Journalist Nate Thayer in der *Washington Quarterly*. Zit. bei Pilger 2005, S. 149

27 Als Quelle für diese Behauptungen wird Pol Pot genannt (!).

28 *The Interdependent Magazine*, 7.12.1991

29 *Ebda*.

30 *The Times*, 31.1.1991

31 Eva Mysliwiec: *Punishing the poor. The international Isolation of Kampuchea*, Oxford 1988. Die Autorin war 1990 Mitbegründerin des *Cambodia Development Resource Institute* (CDRI).

32 Pilger 1992, S. 457f.

Gegenregierung der Roten Khmer?

Im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kambodscha lag schon vor dem Pariser Abkommen das Lager SITE 8. Es wurde von den Vereinten Nationen finanziert (*Border Relief Operation*), war aber in Wirklichkeit eine Operationsbasis der Roten Khmer. 1988 wurde es zum offiziellen Sitz einer „Koalitionsregierung“ der Roten Khmer ernannt. Bei ihrer Einsetzung war das Rote Kreuz anwesend und ausgewählte westliche Journalisten. Es wurde Whisky gereicht. Alle lächelten, so wie auch Khieu Sampan. Die westlichen Regierungen sollten verstehen, dass die Roten Khmer sich „gewandelt“ hätten und jetzt eine liberal-kapitalistische Politik verfolgten. Damit hätten sie Anspruch auf eine Beteiligung an einer „umfassenden Regelung“. Von den „Koalitionspartnern“ der Roten Khmer war niemand zu sehen.

1991, als die Konferenz in Paris tagte, wurden die Tore von SITE 8 plötzlich und ohne Begründung geschlossen. Ausländer wurden aufgefordert, sich zu entfernen. Die Leitung des Lagers war einige Tage zuvor zu einem „Treffen“ mit Vertretern der Roten Khmer zusammengerufen – und danach nie mehr gesehen worden. Die Bibliothek, Vorzeigeeinrichtung des Lagers, wurde geschlossen, die Leute sollten nicht länger „durch fremde Ideen beeinflusst werden“. Es begann die „Rückführung“ von Hunderten, Tausenden von Flüchtlingen in „Zonen“, in denen sie einer Malaria-Epidemie und Minenfeldern ausgesetzt waren. Das Hochkommissariat für Flüchtlings-

hilfe der UNO bezeichnete diese Entführung als eine ordentliche Rückführung in Gebiete, zu denen die UNO nur begrenzten, meist keinerlei Zugang hatte. Solche Ereignisse, die sich häuften, nahmen Beobachter zum Anlass, den UNO-„Friedensprozess“ als ein „makabres Theater“³³ zu charakterisieren.

Auch König Sihanouk beteiligte sich an solchen Possenspielen. Wie in Paris beschlossen worden war, kehrte er im November 1991 nach Phnom Penh zurück. Sihanouk freute sich: „Ich komme zurück, um meinen Kindern zu helfen. Hier gibt es wieder Lebensfreude. Nachtclubs sind wieder geöffnet mit ‚Taxi-Tänzerinnen‘. Ich bin sicher, dass es bald wieder Massagesalons geben wird.“ Er reiste in Begleitung von vier Köchen, riesigen Vorräten von „foie gras“ (Gänseleberpastete), einer Karawane von Bodyguards und zwei Söhnen mit Ansprüchen auf dynastische Posten an.³⁴

„Sihanouk ist wieder da“, dieser Ruf brachte Kambodscha wieder auf die Landkarte der Welt zurück. Und die Vereinbarungen von Paris schienen für die Roten Khmer zu bedeuten, dass sie jetzt ganz offiziell in Phnom Penh wieder würden mitmischen könnten. Sihanouk sagte in einem Interview über die Roten Khmer: „In ihren Herzen sind sie immer noch sehr grausam, sehr Kulturrevolution, sehr Robbespierre, sehr französische Revolution, sehr *blutige* Revolution. Sie sind Monster, das ist wahr ... Aber seit sie sich entschlossen haben, sich als normale menschliche Wesen zu benehmen, müssen wir sie akzeptieren ... Es sind

33 Pilger 2005, S. 152

34 Pilger 1992, S. 461

räudige Hunde, unartige Rote Khmer, aber wir müssen sie streicheln.“ Dann fügte er die Wahrheit hinzu: „Wir wurden durch die fünf permanenten Mitglieder der Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dazu gezwungen ... die Rückkehr der Roten Khmer zu akzeptieren.“³⁵

Einem anderen „Rückkehrer“ erging es anders: Khieu Samphan, der sich als höchster „Vertreter Kambodschas“ auf dem europäischen diplomatischen Parkett herumgetrieben hatte, musste erleben, dass ihn in Phnem Penh eine riesige Menschenmenge erwartete und ihm entgegen schrie: „Mörder, tötet ihn, tötet ihn!“ Er und Son Sen mussten Hals über Kopf nach Bangkok fliehen. „Was ihm in den Straßen passierte, die er zu terrorisieren und zu leeren geholfen hatte, war eine Katharsis, und nur deren Anfang.“³⁶

Die Bestrafung des kambodschanischen Volkes dafür, dass sie von den Falschen befreit worden war, hörte nicht auf. Auf Druck aus den USA, China, England und Singapur verweigerte man in den kritischen Jahren zwischen 1979 und 1992 dem inzwischen „befriedeten“ Land weiterhin jegliche Entwicklungshilfe durch das Entwicklungsprogramm der UNDP. Diese Entscheidung sorgte unweigerlich dafür, dass Kambodscha ein ruiniertes Land blieb und die Armut andauerte. Darüber hinaus drohte es, ganz aus dem öffentlichen Interesse zu verschwinden. Ein hoher Diplomat der britischen Botschaft in Bangkok sagte zu Eva Mysliwiec 1989: „Kambodscha ist ein Land mit etwa 7 Millionen Einwoh-

nern. Was Großbritannien betrifft, ist es entbehrlich.“³⁷ In der Zeit starben massenhaft Kinder in Krankenhäusern, die ihnen nicht die einfachsten Medikamente geben konnten – auch für sie setzte sich niemand mehr ein.

Die ersten Wahlen 1993

Während sich in den beiden anderen Indochinesischen Ländern jeweils Regierungen gebildet und konsolidiert hatten, die nicht den westlichen Vorstellungen von Demokratie entsprachen, sollte Kambodscha ein Land mit mehreren Parteien werden, eine repräsentative Demokratie nach westlichem Muster. Bei den Wahlen, die am 23. bis 28. Mai 1993 stattfanden, bewarben sich 20 verschiedene Parteien um die Sitze im Parlament.

Das Ergebnis der Wahlen war allerdings – eine konstitutionelle Monarchie³⁸. Die UNTAC war so froh, ihren Einsatz nicht nur beenden, sondern auch als erfolgreich hinstellen zu können, dass sie sich nicht mehr darum kümmerte, was ihr Schützling Sihanouk aus dem Wahlergebnis machte. Dieser hatte schon vor dem Bekanntwerden des Endergebnisses bekanntgegeben, dass seine „royalistische Partei“ gesiegt habe und verkündete, er habe „deshalb offiziell die Funktion des Staatsoberhauptes sowie den Oberbefehl über die Streitkräfte und die Polizei übernommen“. Sihanouks spontane Reaktion gefiel zwar seinem Sohn

37 Persönliche Mitteilung an John Pilger, Pilger 1992, S. 472.

38 Oder, wie es in der von Sihanouk vorgelegten Verfassung heißt, eine „parlamentarische Monarchie“, in der der König „herrschen, aber nicht regieren soll“.

35 Ebda.

36 Pilger 1992, S. 462

und Chef seiner Partei Ranariddh nicht, weshalb er zurückrudern musste, sie hat aber sicherlich nur formal die Erwartungen des Westens enttäuscht: Der Richtige hatte gesiegt, wenn auch nur knapp.

Die rivalisierende Partei Hun Sens, die bei den Wahlen auf dem zweiten Platz landete, machte den Versuch einer Revolte gegen die übereilte Aktion des selbst ernannten Königs, an deren Spitze übrigens Norodom Chakrapong stand, ein weiterer Sohn Sihanouks. Schnell wurde Sihanouks Putschversuch zurückgenommen und ordentliche Verhandlungen über eine Regierung begannen. Nur zwei Parteien kamen dafür in Frage, alle anderen hatten es nicht ins Parlament geschafft. Das Ergebnis war ein weiteres Mal nicht nach westlichen Mustern gestrickt (Regierung und Opposition), sondern die beiden Parteien beschlossen eine gemeinsame Regierung³⁹, in der alle Ministerien doppelt besetzt waren. Das war die durchaus innovative Konstruktion eines Zwei-Parteien-Systems, das zur Überraschung aller Beobachter zunächst gut funktionierte.

Diese beiden Parteien sollten auch bei den nächsten Wahlen das politische Spektrum bilden. Es waren die folgenden:

Die Volkspartei (VP)

Sie hatte gut abgeschnitten, aber ihre ursprüngliche Position als von den vietnamesischen Truppen eingesetzte erste Regierung im Frieden nicht beibehalten können. Diese Regierung war geleitet worden von Staatspräsident Heng Samrin. Ihre Repräsentanten waren zum Teil

ehemalige Mitglieder der Roten Khmer oder der früheren Widerstandsorganisation *Khmer Issarak*, die wegen Gegnerschaft zu Pol Pots Kurs fast vollständig ermordet worden war. Teile konnten nach Vietnam entkommen. Sie waren die einzigen verbliebenen Vertreter einer Elite des Widerstands, die von Pol Pot nicht beseitigt worden waren. Von daher hatte die Volkspartei einen guten Ruf in der Bevölkerung, vor allem auf dem Land. Westliche Beobachter meinten, in dieser Partei zwei „Strömungen“ feststellen zu sollen: eine „gemäßigte“, repräsentiert durch Hun Sen, die zu einer überparteilichen Zusammenarbeit und dabei zu Kompromissen bereit war. Die von ihr gestellte erste Regierung nach 1979 hatte schon vor den Wahlen wichtige Öffnungen auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleitet und sich dezidiert von der Ideologie der Roten Khmer distanziert.

Die andere Gruppe, von westlichen Beobachtern als „dogmatisch“ bezeichnet, habe zunächst das Wahlergebnis nicht anerkennen wollen. Sie wird mit der Figur Chea Sim identifiziert, dem früheren Vorsitzenden der KP Kampuchea⁴⁰. Die Theorie von den zwei Strömungen in der Volkspartei mag ihre Berechtigung haben, indem sie zwei Möglichkeiten, auf das Wahlergebnis zu reagieren, beschreibt. Es ist aber spekulativ, dies in Richtungskämpfe nach westlichem Muster umzuinterpretieren.

Zu den Wahlen hatte die Volkspartei eher Technokraten in den Vorder-

39 Nicht eine „große Koalition“!

40 Kampuchea war der Name des Landes unter Pol Pot. Diese KP war nicht identisch mit der, die Pol Pot 1979 aufgelöst hatte.

grund gerückt. In den Provinzen dominierten Vertreter der Volkspartei, was diesen in der Regierung einen Vorsprung an Sachkenntnis und politischer Erfahrung gegenüber den Vertretern der Royalisten sicherte. Bei denjenigen Ministereien, die die Royalisten beherrschten und in denen die Volkspartei nur den Vizeminister stellte, hatten diese oft einen größeren Einfluss. „Sie (die royalistischen Minister) kontrollierten ihre Büros und ihre Autos, aber nicht die Bürokratie“, so drückte es ein Diplomat in Phnom Penh aus.⁴¹

Die FUNCINPEC ⁴²

Die Royalisten oder die Partei von König Sihanouk, deren Vorsitzender Prinz Norodom Ranariddh war, hatte die Wahlen knapp gewonnen mit 58 Sitzen, gegenüber der Volkspartei mit 51 Sitzen im Parlament. Von den etwa 4 Mio. abgegebenen Stimmen erhielt sie etwa 1,8 Mio. und die Volkspartei 1,5 Mio. Zu verdanken hat diese Partei ihren Sieg vor allem ihrer Nähe zu Sihanouk. Auch wenn sich dieser als neutraler, über den Parteien stehender Herrscher sah und von seinem Volk, wie früher, als von seinen „Kindern“ sprach, so stand ihm natürlich die Partei seines Sohnes Ranariddh besonders nahe. Diese profitierte von der Verehrung, die der König immer noch genoss. Außerdem würde der Chef dieser Partei wohl später Sihanouk als König nachfolgen. Sihanouk betrachtete vor allem die Außenpolitik – Verfassung hin,

Verfassung her – immer noch als seine eigene Domäne. Dadurch war die Bewegungsfreiheit der Regierung, und besonders die der Volkspartei, zu der Zeit noch stark eingeschränkt.

Auch wenn die beiden großen Parteien im Wahlkampf heftig gegeneinander Stellung bezogen hatten, waren sie nach den Wahlen – für westliche Beobachter überraschend – ziemlich schnell zu einer gemeinsamen politischen Lösung bereit. Prinz Ranariddh machte sich damals sogar lustig über Journalisten, die stets auf Zeichen des Zwistes zwischen ihm und Hun Sen lauerten: „Ich umarme ihn dreimal täglich. Ich denke, das ist genug“⁴³

Das Ende der Roten Khmer – Das Ende eines Traums

Eine wichtige und immer noch gefährliche Konstellation trug wohl nicht wenig zu der Einheitlichkeit der Politik dieser Regierung bei: die Gefahr, die immer noch von den Resten der Roten Khmer ausging. Diese hatten inzwischen viel von ihrer Macht verloren: einmal durch das Abkommen von Paris und andererseits dadurch, dass ihre wichtigsten Verbündeten, die USA und China nicht mehr bedingungslos hinter ihnen standen.

Außerdem wurden innere Spannungen deutlich: Pol Pots Einfluss bei der Bevölkerung in seinem Machtbereich sank. In einem Dokument der Roten Khmer aus dem Jahr 1994, das die eigene schlechte Lage analysiert, werden wieder einmal auswärtige „feindliche

⁴³ FEER 30.9.1993

⁴¹ *Far Eastern Economic Revue* (FEER), 9.12.1993

⁴² *Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique et Coopératif*.

Elemente“ für den Niedergang verantwortlich gemacht. In dieser Lage griff Pol Pot wieder auf alte Unterdrückungsmaßnahmen zurück: drakonische Strafen für den Handel mit von der Regierung kontrollierten Provinzen, Verfolgung von Buddhisten, weitere Kollektivierungsmaßnahmen, Überfälle auf Vietnamesen und sogar auf ausländische Touristen, die sich in das Gebiet der Roten Khmer vorwagten. Im Februar 1997 wurden alle Mitglieder einer Verhandlungsgruppe der FUNCINPEC, die die Möglichkeit einer Koalition mit den Roten Khmer ausloten wollten, ermordet.

Schließlich gab es eine innere Revolte gegen Pol Pot, er wurde verhaftet und am 25. Juli 1997 in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt.⁴⁴ Sein langjähriger Rivale Ta Mok übernahm die Führung der Roten Khmer. Gegen Ende des Jahres 1995 erlitt Pol Pot einen Schlaganfall, der eine dauerhafte halbseitige Lähmung zur Folge hatte. Am 15. April 1998 starb er schließlich in Anlong Veng. Zuletzt hatte die mythische Figur des kambodschanischen Dschungels nicht einmal mehr einen politischen Tauschwert. Mitte April verkündeten die Roten Khmer einem eigens dazu herbeigerufenen Reporterteam der *Far Eastern Economic Review*, sie wollten Pol Pot ausliefern, damit er vor ein internationales Tribunal gestellt werden könne, wenn sie dafür Lebensmittel, Medikamente und Straffreiheit erhielten. Aber anscheinend wollte ihn niemand

haben. „Wir haben keine Möglichkeit, mit den Amerikanern oder mit anderen Ländern Kontakt aufzunehmen. Mit wem sollen wir über die Übergabe verhandeln? Können Sie uns den Kontakt mit den richtigen Leuten vermitteln?“, fragte „Stabschef“ Khem Nuon die verdutzten Reporter, denen zuvor ein Soldat zugeflüstert hatte: „Dies hier ist zu Ende, können Sie mich in die USA bringen?“⁴⁵

Nach Pol Pots Tod sagte Ta Mok, seit einigen Monaten alleiniger Chef der schrumpfenden Truppe, ohne gefragt worden zu sein, „Ich habe ihn nicht getötet“. Zugleich beschuldigte er den Toten, nichts weiter als ein „vietnamesischer Agent“ (!) gewesen zu sein.⁴⁶ Der Rundfunk der Roten Khmer verkündete den Abgang des zuletzt unter Hausarrest stehenden Pol Pot mit wenig freundlichen Worten: „Pol Pot ist verreckt“. Im März 1998 floh Ta Mok mit seinen letzten Kräften in den Dschungel nördlich von Anlong Veng. Da hatte er, laut einem Bericht in *Le Monde*, noch 200 bis 500 Mann bei sich⁴⁷ und schon lange keinen Kontakt mehr zur Außenwelt. Der Handel mit Thailand, der sonst die Haupteinnahmequelle war, war praktisch zum Erliegen gekommen.

Der Niedergang eines Traums, aus dem allzu schnell ein Alptraum wurde, hat viele Gründe. Die seltsame geheimnisvolle Anonymität, die Pol Pot als Person nicht fassbar erscheinen, ihn aber vielleicht deshalb zum Mythos werden ließ, ist letztlich historisch nicht ohne Logik. Denn auch seine „Bewegung“,

44 An dem Prozess durfte der US-Journalist Nate Thayer als Beobachter teilnehmen. Vgl.: David P. Chandler: *Brother Number One: A Political Biography of Pol Pot* (Revised Edition), 1992, S. 180–182.

45 FEER, 23.4.1998

46 FEER, 30.4.1998

47 LM 17.4.1998

die Roten Khmer selbst, haben in einem historischen Sinn nie als identifizierbare politische Größe mit einer identifizierbaren Programmatik existiert. Wie bekannt ist, stammt der Name „Rote Khmer“, den sie selber nie benutzten, von Sihanouk, der damit die „linken“ Intellektuellen und Revolutionäre in Unterscheidung zu den rechten, den „Blauen Khmer“, bezeichnete. Nur kurze Zeit führten sie den Namen „Kommunistische Partei“, viel typischer ist ihr späterer Name *Angkar* (Organisation), unter dem sie ihre Herrschaft ausübten und ihren Terror als schicksalhafte Fügung erscheinen lassen konnten. Im westlichen Sprachgebrauch bezeichnete man mit dem Sihanoukschen Begriff bald jenen Teil der kambodschanischen Widerstandsbewegung unter Saloth Sar (dem späteren Pol Pot), die sich eine radikalmaoistische Ideologie zulegte und deren konkrete politische Ziele so oft mit der Konjunktur der momentanen Umstände wechselten, dass man bei der Suche nach identifizierenden Merkmalen eher auf Visionen und Wahnvorstellungen stößt, wie etwa die eines von Feinden umgebenen Kambodscha, das nur isoliert, ganz allein und ausschließlich mit eigenen Kräften eine neue Existenz aufbauen könne, oder den Rekurs auf die mittelalterliche Größe des Khmer-Reiches und seine gesellschaftlichen Strukturen – und schließlich und als Summe aller dieser Wahnbilder den revanchistischen Hass auf die Vietnamesen, denen die Eroberung des (von den damaligen Angkor-Königen längst aufgegebenen) Mekong-Deltas bis heute nicht verziehen wird.

Hysterisches Misstrauen, Skrupello-

sigkeit, Fremdenhass und Größenwahn waren die bestimmenden Motive dieser Gruppe, die kurz vor 1975 aus einem von Massakern und Massenhinrichtungen geprägten inneren Machtkampf in der kambodschanischen Widerstandsbewegung siegreich hervorgegangen war.

Zwei bequeme Missverständnisse

Eine historische Würdigung der Roten Khmer muss zwei opportune und wider besseres Wissen immer wieder geäußerte Missverständnisse berichtigen. Das erste betrifft die umstandslose Gleichsetzung der Roten Khmer mit ihren Rivalen und dann Feinden in der Widerstandsbewegung schon vor 1975. Diese hatte sich wegen unüberbrückbarer ideologischer und politischer Differenzen schon in dem Augenblick gespalten, als die in Paris ausgebildeten Intellektuellen Khieu Samphan, Ieng Sary, Saloth Sar (Pol Pot) u.a. zur bereits bestehenden *Khmer Issarak*-Bewegung stießen. Das Schisma entzündete sich nicht zufällig an der Frage der Zusammenarbeit mit der vietnamesischen Befreiungsfront und entzweite, vereinfacht gesagt, ein dogmatisches, ultranationalistisches von einem realpolitisch orientierten internationalistischen Lager. Es ist also eine politische Zwecklüge, wenn etwa Hun Sen immer wieder als Roter Khmer bezeichnet wird. Er ist auch kein „abtrünniger Roter Khmer“, er gehörte vielmehr seit Ende 1975 zur alternativen Fraktion der traditionellen Widerstandskämpfer und hatte vor dem Schisma eine Position als Provinzkommandeur inne, von der er nach Viet-

nam desertierte, weil er mit der Politik Pol Pots nicht mehr einverstanden war und deshalb hingerichtet worden wäre.

Das zweite Missverständnis: Man könne die Entstehung und den Verlauf der Pol Pot-Herrschaft und die Geschichte des Polpotismus aus allein innerkambodschanischen Begründungszusammenhängen erklären. So wichtig diese sind: Dass diese Gruppierung nur existieren konnte, wenn und solange sie ausländischen Interessen nützlich war, ließ sich schon in den ersten Wochen des „Demokratischen Kampuchea“ (so nannten die Roten Khmer ihren Staat nach der Eroberung 1975) erkennen. Nach den inneren Säuberungen, die vor allem die älteren Revolutionäre betraf, ging Pol Pot sofort gegen Vietnam vor und wurde dabei von der VR China unterstützt. Für Beijing waren die Attacken Pol Pots auf die südlichen Provinzen Vietnams ein Test, wie Vietnam, das sich der Sowjetunion zuzuwenden begann, auf eine militärische Intervention reagieren würde. Praktisch war dabei, dass Beijing nicht selber aktiv werden musste, sich vielmehr mit der Lieferung von Waffen begnügen konnte. Für Pol Pot aber waren diese Angriffe tatsächlich der erste Schritt zur Wiedereroberung der südlichen Provinzen Vietnams.

Die wichtigste historische Tatsache über die Roten Khmer wurde in unseren Medien stets verschwiegen, nämlich wie sehr die Roten Khmer ihre Weiterexistenz, nach der Marginalisierung durch die vietnamesische Intervention von 1979, westlichen Interessen verschiedenster Art zu verdanken hatten. Das müsste eigentlich jedem politischen

Beobachter klar gewesen sein. Ohne die materielle Unterstützung durch die VR China und Thailand, ohne die diplomatische Rückendeckung durch China, die USA und alle westlichen Länder wären die Roten Khmer bald nach 1979 militärisch besiegt worden und politisch erledigt gewesen. Aber für den antikommunistischen Westen musste Hun Sen der Teufel sein, und deshalb wurden dessen Feinde mit nicht geringem materiellem und rhetorischem Aufwand und massivem politischem Druck weiterhin im politischen Spiel gehalten. Erst als diese Unterstützung ausblieb (seit etwa 1996), begann der „natürliche“ Niedergang einer Bewegung, die nunmehr sogar ihre politisch-taktische *raison d'être* verloren hatte.

Thailands fragwürdige Rolle

Einen Unsicherheitsfaktor in dieser Auseinandersetzung bildete die ambivalente Haltung Thailands. Einerseits hatte die Regierung in Bangkok sich stets dem UN-Friedensplan verpflichtet gefühlt und jeglichen Verdacht weit von sich gewiesen, sie unterstütze die Roten Khmer militärisch und vor allem wirtschaftlich immer noch, etwa durch Waffenlieferungen oder die Duldung des schwunghaften Handels mit Edelhölzern und Edelsteinen, womit die Roten Khmer in früheren Zeiten bis zu 2 Mio. US-\$ *täglich* verdient haben sollen. Andererseits waren diese Dinge bald in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Bangkoks gereizte Reaktion auf die Boykottbeschlüsse der UNO machte klar, dass in Thailand Militärs und Geschäftemacher (meist in

Personalunion) sehr wohl an der Regierung vorbei immer wieder ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchten.

Diese Kräfte versuchten nun, ihre Geschäfte auch politisch legitimieren zu lassen. Man verlangte, die neue Regierung in Phnom Penh solle alle Verträge anerkennen, die zwischen den Roten Khmer und thailändischen Firmen geschlossen worden waren. Die beste Möglichkeit für eine Erfüllung solcher Wünsche wäre eine Beteiligung der Roten Khmer an der Regierung in Phnom Penh gewesen. Deshalb zeigte sich Bangkok immer wieder als ein großer Befürworter von Verhandlungen mit den Roten Khmer. „Sie haben schon zwei Premierminister, zwei Verteidigungsminister, zwei Innenminister. Sie können also teilen. Warum sollte es davon nicht drei geben?“ hieß es in einer Pressemitteilung des thailändischen Außenministeriums zum Jahresbeginn 1994⁴⁸.

Jedenfalls war die Regierung in Bangkok innenpolitisch unter starken Druck geraten. Einerseits sah sie sich mit der Forderung der Staatengemeinschaft konfrontiert, nun endlich ihre Einmischung in die Angelegenheiten zu beenden und die kambodschanische Regierung nicht durch Geschäfte mit den Roten Khmer zu desavouieren oder gar zu destabilisieren. Andererseits bekannten sich die Geschäftsleute immer offener zu ihrem illegalen Handel mit den Roten Khmer und erhoben sogar die Forderung, für ihren Verdienstausschlag wegen des UN-Boykotts entschädigt zu werden.

Dann verschärfte ein spektakulärer

Vorfall die Situation. Am 7. Dezember 1993 entdeckte die Polizei auf einer Landstraße im thailändischen Grenzgebiet einen Lastwagenkonvoi, der unter Reissäcken versteckt schwere Waffen nach Pailin, dem Hauptstützpunkt der Roten Khmer bringen sollte. In einem nahen Bauernhof entdeckte man ein reichhaltiges Lager voller schwerer Waffen: Weittragende Geschütze, Granatwerfer, Raketenwerfer und sehr viel Munition. Das Lager auf thailändischem Gebiet wurde von Kambodschanern bewacht.

Nach offizieller Lesart will die Thai-Regierung Ende 1992 die Roten Khmer aufgefordert haben, alle noch bestehenden Waffenlager nach Kambodscha zu verlegen. Der Fund war ein Beweis dafür, dass dies nicht geschehen war und damit eine faktische Unterstützung der Roten Khmer durch Thailand weiterhin erfolgte. Diese Waffen lägen dort seit fünf Jahren, behauptete zwar der thailändische Armeechef Wimol, und sie seien eigentlich Eigentum der thailändischen Armee. Aber er musste eine Erklärung darüber schuldig bleiben, wieso in dem Bauernhof, der eindeutig auf thailändischem Gebiet lag, Kambodschaner das Lager bewachten, die zudem im Verhör zu Protokoll gaben, dass sie zu den Roten Khmer gehörten.⁴⁹

Nach diesen Enthüllungen hatte es die Regierung in Bangkok schwer, weiterhin zu versichern, auch der Holz- und

49 Vgl. LM, 9.12.93 und FEER, 23.12.93. Inzwischen haben westliche Experten auf Pressefotos einige der Waffen als aus den USA stammend identifiziert. Dies würde einen Skandal bedeuten, bewiese es doch, dass die USA trotz häufiger gegenteiliger Behauptungen immer noch Waffen an die Roten Khmer geliefert hätten.

48 Zitiert nach LM, 6.1.1994

Edelsteinhandel sei eingestellt worden. In Phnom Penh war man überzeugt, dass dieser immer noch den Roten Khmer Waffenkäufe in Thailand ermöglichte.

Vietnamesische Sorgen

Abgesehen von seiner Teilnahme an der Konferenz in Paris war Vietnam in den Friedensprozess durch die UNTAC nicht eingebunden gewesen. Es hat ihn dennoch diplomatisch akzeptiert. Vietnams Interesse dabei war es aber nicht primär, die Regierung Hun Sen zu unterstützen, ihr wichtigstes Anliegen war, dass die Roten Khmer nicht wieder an die Macht kommen sollten. Und Hun Sen hatte sich ja schon vor dem Pariser Abkommen von der starken Bindung an Vietnam gelöst, ohne natürlich eine feindselige Haltung einzunehmen. In der weiteren Entwicklung hatte sich diese Distanz vergrößert. Offenbar gab dabei auch Hun Sen einem spürbaren Druck seitens der Westmächte und Sihanouks nach. So hätte sich die vietnamesische Regierung anlässlich der immer noch andauernden Massaker an der vietnamesischen Minderheit kurz vor den Wahlen eine schärfere Verurteilung dieser Terrorakte durch die Regierung in Phnom Penh gewünscht.

Die von den Roten Khmer nach wie vor betriebene rassistische Aufhetzung der Bevölkerung gegen die vietnamesische Minderheit war bei den Bemühungen Ranariddhs oder Sihanouks um eine Verständigung mit den Roten Khmer niemals ein Thema gewesen. Deswegen wurden in Hanoi solche Verhandlungen zwar nie offiziell und öffentlich verworfen, aber stets skeptisch kommentiert. Es

war das deutliche Bemühen zu spüren, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes einzumischen, mit dem man vor allem freundschaftliche Handelsbeziehungen aufbauen wollte.

Diese Zurückhaltung wurde bald einer harten Probe unterworfen. Denn auch die neue kambodschanische Regierung erhob schon in den ersten Monaten gegenüber Vietnam und Thailand territoriale Forderungen. Dies drückte sich in der erklärten Absicht aus, möglichst bald „ungeklärte Fragen über den Grenzverlauf“ mit den Nachbarn zu klären. Dabei wurde von Hanoi vor allem ultimativ die Rückgabe von angeblich in den 1970er Jahren annektierten Gebieten verlangt. In einem Brief an die vietnamesische Regierung forderte Sihanouk diese auf, „freundlicherweise die Grenzmarkierungen wieder zu korrigieren, die während des Einmarsches der vietnamesischen Truppen 1979 weit in kambodschanisches Gebiet verschoben wurden“.

Abgesehen von der Frage, ob dies tatsächlich der Fall war, schienen solche Forderungen führenden Politikern in der FUNCINPEC und vor allem Sihanouk selbst nicht zu genügen. Damit näherten sie sich mehr und mehr Standpunkten, die sonst nur die Roten Khmer vertreten hatten. Diese hatten während ihrer Regierungszeit 1970 bis 1975 halb Südvietnam zum Khmer-Territorium erklärt. Das hätte die Annexion des gesamten Mekong-Deltas und der nördlich anschließenden Provinzen Vietnams bedeutet. Vietnam war damals zu Verhandlungen über ungeklärte Grenzverläufe bereit gewesen, nahm aber in Bezug auf so weitgehende territoriale Forderungen den Standpunkt

ein, dass die von Frankreich festgelegten Grenzen zunächst global anzuerkennen seien.

Soweit war Sihanouk in seiner jüngsten Version dieser Forderungen nicht gegangen: er verlangte aber immerhin, dass Grenzverschiebungen, die die Kolonialmacht Frankreich zur Jahrhundertwende vorgenommen hatte, jetzt wieder rückgängig gemacht werden müssten. Es fehlte auch nicht die propagandistische Begleitmusik zur Unterstützung der neuen Forderungen, so etwa die altbekannte Legende, dass „die Vietnamesen“ einst (im vorigen Jahrhundert) „kambodschanische Könige gefangen genommen, in Käfige gesperrt und ins Meer geworfen“ hätten⁵⁰ – als wäre die heutige Regierung dafür verantwortlich zu machen.

Dieser Ton passte eigentlich nicht zu den Erfordernissen einer guten Zusammenarbeit in Indochina – und er ist es, der in Hanoi Sorge auslöste, nicht die lösbaren Differenzen selber. Man befürchtete dort, dass Sihanouk sich damit immer noch Verhandlungen mit den Roten Khmer erleichtern wollte.

Jedenfalls glaubte man in Vietnam kaum an einen Zufall, als dann bekannt wurde, dass es in der neuen Verfassung trotz der Mitwirkung von UN-Experten keine Bestimmung gab, die die Menschenrechte der Minderheiten in Kambodscha garantiert.⁵¹ Als daraufhin in der Nationalversammlung eiligst ein entsprechender Zusatzartikel verabschiedet wurde, war darin zwar ausdrücklich von der chinesischen und Cham-Minderheit die

Rede, nicht aber von der vietnamesischen.

Verschiebung der Gewichte

Obwohl die Roten Khmer so gut wie ausgeschaltet waren, hielt das künstliche politische Gleichgewicht in Phnom Penh nur etwa zwei Jahre. Aber schon in dieser Zeit war aufgefallen, dass die FUNCINPEC- Partei unter Prinz Ranariddh – oft in Übereinstimmung mit König Sihanouk – nach wie vor versuchte, mit Hilfe der Roten Khmer auf irgendeine Weise das Kräfteverhältnis in Phnom Penh zu verändern. Dies scheiterte zwar jedesmal an den größtenwahnsinnigen Forderungen von Ta Mok, aber es war zu beobachten, dass bei der „Desertion“ von Einheiten Pol Pots diese nicht immer, wie öffentlich verkündet, den Regierungstruppen der Regierung in Phnom Penh einverleibt wurden, sondern zunächst Rückzugsgebiete im Nordern und Osten zugewiesen erhielten, in denen sie eine sozusagen eigene Herrschaft ausübten. Ein Beispiel dafür ist Ieng Sary, einer der bekanntesten Führer der Roten Khmer und 1975 bis 1979 Außenminister des *Demokratischen Kampuchea*. Er war im August 1996 von Pol Pot desertiert und hatte sich mit seinen Soldaten nach Pailin zurückgezogen. Ein bestehendes Todesurteil⁵² gegen Ieng Sary wurde durch einen Gnadenakt von König Sihanouk aufgehoben. In Verhandlungen mit Ranariddh wurde Ieng Sary zugesichert, er könne in Pailin, inklusive seiner Truppen, unbehelligt den Untergang der Roten Khmer überleben. Das kam der Errichtung einer autonomen

⁵⁰ Vgl. zu diesen Vorgängen FEER, 26.10.1993

⁵¹ FEER, 30.9.1993

⁵² Gefällt in absentia 1979.

Zone gleich, in der die Regierung ihre Hoheit nicht ausüben durfte. Und: Die Ieng-Sary-Gruppe hatte von Anfang an verkündet, sie wolle im Streit der Fraktionen in Phnom Penh „neutral“ bleiben – war doch diese Auseinandersetzung für sie die beste Garantie, unbehelligt zu bleiben.

Innenpolitisch hatte sich den Jahren nach den Wahlen herausgestellt, dass Hun Sens Volkspartei in der Bevölkerung immer mehr Zustimmung erhielt und dass die FUNCINPEC, gäbe es jetzt Wahlen, nicht mehr die stärkste Kraft wäre.

Die beiden Rivalen waren, gegenüber den Erwartungen, die an sie geknüpft worden waren, gleichsam dabei, die Rollen zu tauschen. Hun Sen, der einfache „gemeine Khmer-Bauer“, „Polit-Amateur“ hatte sich zu einem selbstbewussten Staatsmann mit ausgeprägtem Machtsinn entwickelt, aber auch beachtliche Erfolge beim Aufbau und bei der Stabilisierung der politischen und ökonomischen Strukturen aufzuweisen. Ranariddh dagegen, der Prinz und eventuelle künftige König, Universitätsabsolvent und zu Unrecht vermuteter Politprofi, zeigte zunehmend Defizite, so dass er sogar in seiner Partei immer umstrittener wurde.

Denn diese war ja eigentlich nur ein Sihanouk-Wahlverein, in dem differierende Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Unterwelt immer noch Mühe hatten, sich zur Partei zu formieren. Und Ranariddh hatte nicht das Format, als einigender Parteiführer zu fungieren. Im Gegenteil: FUNCINPEC-Außenminister Ung Phan sagte in einer

Fernsehansprache: „Ich und ein großer Teil der Mitglieder der FUNCINPEC können nicht länger die Herrschaft von Prinz Norodom Ranariddh als Parteivorsitzenden akzeptieren. Er ist nicht nur unfähig, die Nation zu führen, schlimmer noch: er ist fähig, die Nation in die Katastrophe zu führen.“⁵³ Gemeint war damit nicht nur seine mangelnde Qualifikation für die Regierungsgeschäfte, sondern vor allem wohl seine immer noch deutliche Neigung, sich mit dem harten Kern der Roten Khmer gegen Hun Sen zu verbünden.

Beobachtern in Phnom Penh war schon seit einiger Zeit klar, dass Ranariddh sogar eine militärische Veränderung der Machtverhältnisse nicht mehr ausschloss: Er sei bereit, „Gewalt anzuwenden, um die Krise zu lösen“, äußerte er Anfang Juni öffentlich. Um das Kräfteverhältnis zu ändern, baute er eine eigene militärische Truppe auf und versuchte, diese aus den Resten des militärischen Potentials der Roten Khmer zu verstärken. Ihm blieb aber als Ansprechpartner für Unterstützung gegen Hun Sen nur der harte Kern der Roten Khmer. Eine erste zwölfköpfige Verhandlungsdelegation Ranariddhs war von den Leuten Ta Moks noch niedergemetzelt worden, später ließ der Prinz offenbar trotzdem seine Generäle weiterverhandeln, und es zeichnete sich ab, dass Ta Mok bereit war, Ranariddh im Kampf gegen Hun Sen zu unterstützen,

53 Vgl. Harish C. Mehta und Julie B. Mehta: Strongman. The Extraordinary Life of Hun Sen: Singapur 2013, S. 279

außerdem solle als politische Unterstützung Khieu Samphan nach Phnom Penh kommen und wieder in das politische Leben eingreifen.

Diese Absicht, sich zu seinem Machterhalt mit den Roten Khmer zu verbünden, führte, als sie öffentlich bekannt wurde, in Ranariddhs Partei zu einer Revolte. 12 Abgeordnete der Nationalversammlung verließen die FUNCINPEC. Damit hatte die Partei ihre knappe Mehrheit im Parlament verloren, fortan gab es keine Sitzungen mehr, weil Ranariddh als Vorsitzender des Parlaments seine Unterschrift unter die Einladungen verweigerte. Das politische Leben in Phnom Penh war lahmgelegt.

Auftritt: Sam Rainsy

In der Regierung war Sam Rainsy erster Finanzminister. Dieser Politiker sollte in der weiteren Geschichte Kambodschas eine wichtige Rolle spielen. Er ist der Sohn von Sam Sary, der während der 1950er Jahre der kambodschanischen Regierung angehörte⁵⁴. Als Abkömmling

54 Sam Sary hatte am Ende der Genfer Konferenz am 21. Juli 1954 für einen Eklat gesorgt, weil er, nachdem alle Verhandlungen schon abgeschlossen waren und das fertige Abkommen vorlag, plötzlich verlangte, dass Kambodscha das Recht haben solle, „Amerikanische Basen auf seinem Hoheitsgebiet zuzulassen“. Sam Sarys Intervention erfolgte ohne Rücksprache mit seiner Delegation und nicht im Einverständnis mit König Sihanouk, sondern aufgrund einer „amerikanischen (zweifelloso gut finanzierten) Initiative“. Damals äußerten die meisten Beobachter, dass er im Auftrag der CIA gehandelt habe. Vgl. Günter Giesenfeld: *Wie Vietnam um seine Siege gebracht wurde*, Teil 2, VNK 2/2010, S. 28

einer gutsituierten Patrizierfamilie, die seit 1965 in Frankreich wohnte, konnte er in Paris ein Studium der politischen Wissenschaften aufnehmen. Nach dessen Abschluss arbeitete er für verschiedene Firmen im Finanzsektor. Nach dem Pariser Abkommen über Kambodscha 1992 kehrte er nach Phnom Penh zurück. Er wurde Mitglied in Ranariddhs Partei und machte dort bald Karriere. Nur wenig später endete diese jedoch. Er wurde wegen Korruption seines Amtes enthoben und 1994 aus der Partei ausgeschlossen.

Daraufhin gründete Sam Rainsy eine eigene Partei, die *Khmer-Nationalpartei*⁵⁵. Sie wurde zu einer kleineren dritten Kraft im politischen Kräftefeld, die allerdings noch nicht im Parlament vertreten war. Ihre Politik bestand hauptsächlich darin, die Volkspartei von Hun Sen und diesen selbst zu bekämpfen. Also wäre sie ein potentieller Partner für Ranariddh gewesen, aber dazu kam es nicht, weil in dessen Partei die Ablehnung Sam Rainsys zu groß war. Ein eventueller Versuch, mit Sam Rainsys Partei eine „Nationale Front“ zu bilden, wurde sogar von FUNCINPEC-Vertretern als „Staatsstreich“ bezeichnet.

Auf einer großen, von Regierung und Stadtverwaltung genehmigten Demonstration der *Khmer-Nationalpartei* Ende April 1995 gab es dann den ersten blutigen Zwischenfall mit 11 Toten und 119 Verwundeten. Sam Rainsy beschuldigte sofort Hun Sen und seine Volkspartei, für diesen Terrorakt verantwortlich zu sein, was dieser bestritt.

55 Zu späteren Wahlen trat sie nur noch als *Partei Sam Rainsy* (PSR) an.

In dieser Situation begannen sich die Spannungen zwischen den drei Parteien zu verstärken, sie sollten die politische Entwicklung bis weit in die 2010er Jahre hinein beherrschen. Darüber entwickelte sich in den westlichen Medien eine immer stärker von antikommunistischen Klischees beeinflusste, auffallend gleichlautende Berichterstattung, die von zwei bewussten Verfälschungen der Lage bestimmt war:

1) Die Rolle der Armee. Hun Sen übte praktisch das Kommando über die 14.000 Soldaten der nationalen Streitkräfte des Landes aus, nachdem sich Ranariddh und seine Minister nicht mehr an der Regierungsarbeit beteiligten. Trotzdem hielt sich die Armee aus den militärischen Auseinandersetzungen auffallend heraus, trat auf diskrete Weise eher deeskalierend auf. Es fiel nämlich Beobachtern schon damals auf, dass manche größeren Zwischenfälle (etwa mehrere Straßenkämpfe in Phnom Penh) schon nach sehr kurzer Zeit durch die Armee beendet worden sind. Die beiden Innenminister You Hockry (FUNCINPEC) und Sar Kheng (PP) hatten eine „gemeinsame Konfliktkommission“ gebildet, die die Aufgabe hatte, bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Privatmilizen und persönlichen Sicherheitskommandos schlichtend einzugreifen.

2) Die Rolle der Roten Khmer. Es wurde nach wie vor behauptet, beide, sowohl Ranariddh als auch Hun Sen,

hätten sich um die Unterstützung der Roten Khmer gegen den jeweiligen Rivalen bemüht. Dies ist im Falle Hun Sens sehr unwahrscheinlich. Zwar wurde Son Sen, einer derjenigen aus dem „harten Kern“ der Roten Khmer, die sich gegen Pol Pot aufgelehnt hatten, von dessen Leuten mitsamt seiner Familie in grausamer Weise verurteilt und exekutiert, und zwar weil er sich Hun Sen als Unterstützer angeboten habe. Dies war weder belegbar noch glaubwürdig. Denn es hätte zu dieser Zeit keineswegs der Politik des „harten Kerns“ der Rest-Roten Khmer entsprochen, für den der „Nationale Befreiungskampf gegen die vietnamesische Marionette Hun Sen“ das einzige und letzte politische Ziel war.

Nachweisbar ist demgegenüber, dass die Roten Khmer von ihren Basen im Norden aus die Versuche Ranariddhs, Hun Sen abzusetzen, mindestens propagandistisch unterstützt haben: Am 3. Juli 1997 hatte der Untergrundsender der Roten Khmer aus Anlong Veng aufgerufen, Ranariddh zu unterstützen, denn jetzt müssten „alle nationalen Kräfte zusammenkommen, um gegen die Marionette Hun Sen zu kämpfen“. Gleichzeitig wurde bestätigt, man sei in Verhandlungen mit „einem der Premierminister“ über eine Koordination des militärischen Vorgehens. Das konnte nur Ranariddh sein.

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Die von Spannungen geprägte Situation in der Hauptstadt eskalierte im Sommer 1997. Am 5. und 6. Juli 1997 fand eine bewaffnete Auseinandersetzung in Phnom Penh statt, und zwar zwischen Truppen des FUNCINPEC-Generals Nhech Bun Chhay und anscheinend Soldaten der nationalen Streitkräfte. Diese relativ kurze Schießerei forderte 41 Todesopfer⁵⁶ und richtete erheblichen Sachschaden in Phnom Penh (u.a. Bahnhof und Flughafen) an. Sie dauerte nur etwas mehr als einen Tag und endete am 6. Juli nachmittags mit einem Sieg der Armee, die sich loyal verhielt.

Die Interpretationen dieses schwersten Zwischenfalls seit den Wahlen differierten stark. Judy Ledgerwood, eine Forscherin (kulturelle Anthropologie) an der Northern Illinois University hat eine Einschätzung dieses Ereignisses im Internet veröffentlicht, in der sie – sie war offenbar vor Ort – die widersprüchlichen Schuldzuweisungen referiert⁵⁷. Westliche Journalisten etikettierten ohne Zögern den Konflikt als einen „blutigen Staatsstreich von Hun Sen“⁵⁸, was verwunderlich ist, denn er hätte ihn demnach gegen sich selbst verübt. Es wurde in diesen Meldungen außerdem die Behauptung aufgestellt, Hun Sens Leute hätten umfangreiche Plünderungen begangen. Da-

für gab es keinen Beleg von Augenzeugen, obwohl viele westliche Journalisten anwesend waren.⁵⁹

Solchen Behauptungen trat Hun Sen mit dem Argument entgegen, es könne sich nicht um einen Putsch gehandelt haben, denn die Abgeordneten der FUNCINPEC seien weiterhin Mitglieder des Parlaments, nur Ranariddh sei abgesetzt worden, aber ein neuer Repräsentant der FUNCINPEC habe seinen Platz bereits eingenommen, denn Ung Huot sei umgehend per Beschluss des Parlaments in das Amt des Ministerpräsidenten eingesetzt worden.

Ledgerwood zählt die folgenden „negativen und positiven“ Folgen dieser Auseinandersetzung für das Land auf: Die wichtigste negative Folge sei gewesen, dass die westliche Presse unisono von einem Putsch Hun Sens gesprochen habe und dass infolgedessen alle Hilfsprogramme wieder eingestellt worden seien: Der Internationale Währungsfond und die Weltbank kündigten ihre Unterstützung auf, der Sitz Kambodschas in den Vereinten Nationen wurde nicht der jetzt legitimen Regierung zugesprochen, sondern als vakant erklärt. Und die für diesen Monat vorgesehene Aufnahme Kambodschas in den ASEAN-Bund wurde verschoben.

Aber, so urteilt Ledgerwood, es habe auch positive Konsequenzen der Auseinandersetzungen gegeben: „Die Periode der politischen Instabilität und

⁵⁶ Schätzung des UNHCR.

⁵⁷ *The July 5-6 „Events“: When is a coup not a coup?* Seasite.niu.edu/khmer/ledgerwood/july_56_1997.htm.

⁵⁸ So FEER 17.7.1997, *The New Yorker* 10.8.1998 und *Newsweek* 21.7.1997.

⁵⁹ Ein wichtiges, auch in diesem Bericht zitiertes Dokument über dieses Ereignis ist: David Robert: „From Coalition to Confrontation 1993-1997“, in: ders.: *Political Transition in Cambodia*, New York 1998, S. 121-149. Robert war Augenzeuge.

bewaffneten Konfrontation zwischen Ranariddh und Hun Sen kam jetzt zu einem Ende. Hun Sens Sieg hatte, auch wenn er als Rückschlag für die Demokratie eingeschätzt werden kann, positive Auswirkungen auf die Sicherheit im Lande. Jetzt gab es keine militärischen Aufrüstungsaktionen in und um Phnom Penh mehr. Die Soldaten kehrten in ihre Kasernen zurück und es gab keine Straßensperren mehr, an denen sie vorher alle Reisenden abkassiert hatten.“⁶⁰

Die Rolle Ranariddhs

Ranariddh war kurz vor den Kämpfen nach Paris geflohen und hatte dort selbstherrlich seinen Co-Premierminister Hun Sen für abgesetzt und sich zum alleinigen Regierungschef erklärt. Hun Sen antwortet darauf, dass er auch weiterhin nur zweiter Premierminister bleiben wolle, und was Ranariddh angehe, so könne er nach Phnom Penh zurückkehren, allerdings werde er sich dann vor Gericht zu verantworten haben, denn er habe ohne Abstimmung mit der Regierung Verhandlungen mit den Roten Khmer geführt, die von der Nationalversammlung 1994 offiziell als „Gesetzlose“ erklärt worden seien.

Hun Sens Vorgehen richtete sich also einzig gegen Ranariddh, der offenbar immer noch nicht einsehen wollte, dass ein bewaffneter Widerstand nicht mehr sinnvoll war: Kein Nachbarland und kein Staat auf der ganzen Welt würde erneut einen Guerillakampf von außen unterstützen.

Und nicht einmal König Sihanouk

mochte seinen Sohn jetzt mehr unterstützen. Der 74-jährige Monarch, der sich im fernen Beijing in ärztlicher Behandlung befand und dem die Zuneigung der Ranariddh-Fans in der westlichen Presse eigentlich galt, machte Anfang April die „Republikanisierung“ der Politik in Phnom Penh für das wachsende Chaos verantwortlich. Kambodscha brauche, so der Monarch, eine „neue, saubere und nachhaltige Revolution, aber keine nach Art der Roten Khmer“. Er hoffe, dass etwa im Jahre 2010 oder 2020 ein junger Leader „in der Art von Fidel Castro“ (!) komme, um das Land zu vereinigen.

Auch abgesehen von solchen interessanten Zukunftsideen erwies sich der König in Bezug auf die Ereignisse vom 5./6. Juli als Realist: Er weigerte sich, sie als „Staatsstreich“ zu bezeichnen und sprach sich für eine neue Regierung ohne Ranariddh aus. In einem Brief an Chea Sim⁶¹ mahnte er, Exekutionen und Folter sollten aufhören. Außerdem versicherte er, im übrigen „neutral“ zu sein und „auf keinen Fall Partei für meinen Sohn“ zu nehmen⁶² – eine klare Aussage, die offenbar selbst im Westen zu mancher überraschenden Einsicht führte. Einer der stramm sihanoukistischen Kommentatoren in unserem Land meinte jetzt, Ranariddh sei ein „politischer Kasper“⁶³. Die Sanktionen gegen Hun Sen hielten sich diesmal denn auch in Grenzen. Die BRD und die USA stellten ihre Entwicklungshilfe (vorübergehend?) ein, nicht aber Frankreich. ASEAN verschob

61 den der Volkspartei angehörenden Vorsitzenden der Nationalversammlung

62 FEER, 30.8.1998

63 FR 2.8.1997

60 Ledgerwood, a.a.O.

die Aufnahme Kambodschas und muss sich seitdem Unglaublichkeit vorhalten lassen: Seit Bestehen des Staatenbundes habe es etwa in Thailand ein gutes Dutzend Vorfälle juristisch weit gravierender Art gegeben, und da habe niemand an Ausschluss aus dem Staatenbund gedacht.

Inzwischen erscheint die „Lösung Hun Sen“ vielen Beteiligten als das kleinere Übel oder gar akzeptabel (u.a.: Frankreich, Japan, China – aus den USA gab es vorläufig keinerlei entsprechende Aussagen). Gelingen es ihm, so der Tenor dieser Regierungen, den Wechsel im Rahmen der legalen Möglichkeiten zu vollziehen – was ja schon geschehen war – und gelinge ihm vor allem die Organisation tatsächlich freier Wahlen im Jahre 1998, so könnten Hilfslieferungen und politische Kontakte wieder aufgenommen werden. Auch die überwiegende Mehrheit der FUNCINPEC in Phnom Penh samt ihres Vorsitzenden Ung Huot erklärte sich zur Mitarbeit bereit.

Die Wahlen und ihr Ergebnis

Zu Beginn des Wahlkampfes musste Hun Sen allerdings akzeptieren, dass Prinz Ranariddh nach Phnom Penh zurückkehrte und sofort den Wahlkampf seiner Partei FUNCINPEC gegen ihn aufnahm. Hun Sen musste dieser Rückkehr zustimmen und den Prozess gegen Ranariddh aussetzen, weil sonst, auf Druck der USA, die Kosten für die Wahlen nicht von der UNO übernommen worden wären, die diesmal jedoch von der Regierung organisiert wurden.

Der Wahlkampf verlief, so auslän-

dische Beobachter, „viel ruhiger als 1993“. Jede Partei durfte fünf Minuten täglich im Fernsehen Wahlpropaganda machen, das macht bei 39 Parteien immerhin gut 3 Stunden. Selbst Washington hatte verlauten lassen, das Klima sei „so gut wie möglich“ wenn auch „Unzulänglichkeiten“ zu beklagen seien. „Dieser Wahlkampf war sauber“, so befand jedenfalls König Sihanouk.⁶⁴

Die Ankündigung von Hun Sens Gegnern schon vor dem Wahlgang, das Ergebnis sei „manipuliert“, diene offenbar eher dazu, später seine Legitimität anzuzweifeln, vor allem wenn das Ergebnis für die eigene Partei nicht so gut sein sollte wie erwartet.

Die Wahlen wurden von einer internationalen Kommission unter der Leitung von Glenys Kinnock, einer britischen Politikerin kontrolliert. Ihre Mitglieder kamen in der Mehrzahl aus den Staaten der EU und des ASEAN-Paktes. Die USA hatten keine Delegierten in die Kommission entsandt. Deren Urteil nach dem Wahlgang war eindeutig: „Mit großem Enthusiasmus“ hätten die Kambodschaner gewählt, und deshalb bedeuteten diese Wahlen „eine beachtliche Entwicklung und einen Schritt nach vorne, im Vergleich zu denen von 1993, die die UNO organisiert hatte“. Denn, so die öffentliche Erklärung der Internationalen Beobachtergruppe, „die Wahlen haben einen freien und ehrenhaften Verlauf genommen, so dass sie auf diese Weise den Willen des kambodschanischen Volkes wiedergeben“.⁶⁵

Für die Geberländer waren die Wah-

⁶⁴ Alle Zitate aus Berichten des Korrespondenten Jean-Claude Pomonti in *LM*, 26./27.7. 1998

⁶⁵ Zitate in *LM* 29.7.1998

len zumindest sehr preiswert: Die von der UNO organisierten Wahlen 1993 hatten über 2 Mrd. US-\$ gekostet, die neuen, von der kambodschanischen Regierung allein organisierten nur 30 Mio. Darin waren die Kosten für die Beobachterkommission inbegriffen. Zudem waren sie wesentlich ruhiger, gab es, abgesehen von einem Überfall von Resten der Roten Khmer auf ein Wahllokal im äußersten Norden des Landes, das 10 Menschenleben kostete, keine nennenswerten Zwischenfälle.

Um doppelte Stimmabgaben zu verhindern, wurde jedem Wähler eine Fingerspitze mit nicht abwaschbarer Stempelfarbe gekennzeichnet. Insgesamt übten 4,9 Mio. Bürger ihr Wahlrecht aus, das sind knapp über 90 % der Wahlberechtigten. Obwohl sich fast 40 Parteien und Gruppierungen aufstellen hatten lassen, konzentrierten sich die Stimmen eindeutig auf drei große Parteien: Die regierende Volkspartei von Hun Sen erhielt die meisten Stimmen mit 41,4 %, es folgte die monarchistische Partei von Prinz Ranariddh mit 31,7 %, die „Partei Sam Rainsy“ schließlich erhielt 14 % der Stimmen.

Das Ergebnis bedeutete, dass die politischen Kräfteverhältnisse im Vergleich zu 1993 ziemlich stabil geblieben waren. Die VP hat zwar zugelegt, aber nur wenig, und wenn man bedenkt, dass die Sam Rainsy-Partei eigentlich eine Abspaltung der FUNCINPEC war, dann ergaben beider Stimmen zusammen ungefähr das Ergebnis von 1993. Der Sieg der VP ist damit wohl auch der Uneinigkeit ihrer Gegner zu verdanken.

Sam Rainsy war eindeutig der Fa-

vorit der westlichen Presse. Seit Monaten war er als die Hoffnung für die Demokratie in Kambodscha propagiert worden. So war sein Abschneiden mit 14% wohl vor allem dem westlich orientierten Bürgertum der Städte zu verdanken sowie der Propagandahilfe aus dem Ausland. Trotz des Achtungserfolges war seine Lage jetzt nicht besonders vorteilhaft: Keine der anderen Parteien konnte allein mit ihm die für die Regierungsbildung notwendige Mehrheit von 82 der 122 Sitze erreichen. So war er denn auch der einzige, der lauthals und radikal das Wahlergebnis anzuzweifeln suchte.

Noch bevor die langwierige Auszählung der Stimmen beendet war, begannen in Phnom Penh Verhandlungen über eine Koalition. Hun Sen hatte schon während des Wahlkampfes seinem früheren Partner, Feind und Rivalen Ranariddh ein Angebot gemacht, in ähnlicher Weise zu verfahren wie 1993. Er war sogar bereit, Sam Rainsy an einer solchen Regierung der nationalen Einheit zu beteiligen. Ranariddh ließ mitteilen, dass er nicht mehr ins Kabinett wolle.

Hun Sen musste sehr an einer schnellen Einigung liegen, weshalb er wohl auch so weitgehende Angebote machte. Gelänge es ihm, mit einer Regierungsbildung das Ergebnis der Wahlen umzusetzen, dann könnte das Land damit rechnen, zum nächsten ASEAN-Gipfel in diesen Staatenbund aufgenommen zu werden, den seit 1996 leeren Sitz in der UNO einzunehmen und mit Aussicht auf Erfolg mit dem IWF und der Weltbank über Subventionen und Kredite zu

verhandeln.

Im November einigten VP und FUNCINPEC sich erneut auf eine Regierungskoalition, mit Premierminister Hun Sen. Die FUNCINPEC erhielt fünf wichtige Ressorts: Verteidigung, Inneres, Justiz, Finanzen und das Außenministerium. Ranariddh wurde Vorsitzender der Nationalversammlung. Außerdem wurden einige Politiker amnestiert, um ihre Rückkehr nach Kambodscha zu ermöglichen, darunter Prinz Sirivudh, der später Generalsekretär der FUNCINPEC wurde.

Obwohl die Regierung jetzt noch mehr als vorher von der VP und Hun Sen dominiert wurde, begrüßten viele Länder, unter ihnen auch die EU, diesen Ausgang, „weil Hun Sen allgemein als die einzige Person angesehen wird, die das Land stabilisieren kann“⁶⁶. Im April 1999 wurde Kambodscha Mitglied des ASEAN-Bundes, erhielt seinen Sitz in der UNO wieder, und die Hilfsprogramme von IWF und Weltbank wurden wieder aufgenommen. 2001 beschloss die Gruppe der Geberländer eine Erhöhung der Hilfe auf 615 Mio US-\$, eine höhere Summe, als sie die Regierung verlangt hatte. Selbst die USA stellten die Aufnahme bilateraler Beziehungen und Hilfe in Aussicht. Und die Beziehungen zur VR China wurden normalisiert.

Aussichten für die Zukunft

Hun Sen brauchte die neugewonnene Handlungsfähigkeit als größte Partei dringend, um die schier unüberwindlichen Probleme und Aufgaben zu meistern, die vor ihm lagen. Dazu gehörten

vor allem:

- die Beendigung der von den Roten Khmer betriebenen, in der von Ieng Sary kontrollierten Zone und wohl auch anderswo ungehemmt weitergehenden Abholzung des Regenwaldes und des Ausverkaufs der Bodenschätze (Edelsteine) des Landes. Hier müssten bindende Vereinbarungen mit Thailand dafür sorgen, dass es keinen Markt für solche illegalen Geschäfte mehr gebe,
- die Eindämmung einer gefährlichen AIDS-Epidemie, von der, wenn sie sich weiterhin im selben Tempo ausbreiten würde, im Jahre 2000 2% der Bevölkerung betroffen wären,
- die Reorganisation der königlichen Armee, in die ehemalige Soldaten der Roten Khmer und ihrer Fraktionen noch nicht voll integriert waren und in der es viele „Phantomseinheiten“ gab,
- die Neuorganisation und Stabilisierung der eigenen Partei, in der, vor allem unter Regierungsangestellten, Korruption weit verbreitet war, sowie von Polizei und öffentlichen Diensten, und zwar als von Parteien unabhängige Institutionen,
- die Bewältigung der Vergangenheit, die definitive Ausschaltung bestimmter Funktionsträger, die für den Völkermord 1975 bis 1979, die Überfälle auf Vietnam und den Terror danach verantwortlich waren, möglicherweise durch die Organisation eines Tribunals,
- die Verurteilung und Bekämpfung des immer noch starken rassistischen Hasses auf Vietnamesen und Kambodschaner vietnamesischer Abstammung.

Der letzte Punkt war ein besonders heikles Problem, da beide anderen Partei-

66 LM ebda.

en im Wahlkampf rassistische Parolen zum Stimmenfang genutzt hatten.

Aber die umfassendste und langwierige Aufgabe war die Schaffung eines nicht nur technisch funktionierenden Staatsapparates. Dabei musste sich zeigen, ob Hun Sen, nachdem das Argument der Bedrohung durch die Roten Khmer nicht mehr zutraf, bereit sein würde, eine Herrschaft despotischer Machtausübung durch einen Staat mit demokratischen Strukturen und Institutionen zu ersetzen.

Die Wahlen 2003

Am 27. Juli 2003 fanden die dritten Wahlen zur Nationalversammlung statt, aus denen wiederum zwei Parteien als mögliche Koalitionspartner der Volkspartei Hun Sens hervorgingen, die FUNCINPEC und die *Partei Sam Rainsy* PSR. Von den 123 Sitzen der Nationalversammlung fielen 73 auf die VP (9 mehr als bei den letzten Wahlen), 26 Sitze (17 weniger) hatte die FUNCINPEC erreicht, und 24 Sitze entfielen auf die PSR⁶⁷.

Der anschließende Kampf um eine Regierungsbildung dauerte diesmal mehr als ein Jahr, in dem die kleinere Oppositionspartei um jeden Preis einen neuen Ministerpräsidenten Hun Sen verhindern wollte. Die Chronik dieser Ereignisse wäre eigentlich eher etwas für ein Klatschjournal, aber es lohnt sich, hinter der offenen und öffentlichen Rhetorik nach einigen harten politischen Beweg-

gründen zu suchen. Nur sie erklären die Verbissenheit Sam Rainsys, diesen aussichtslosen Kampf zu führen, wobei sicher auch andere Motive mit bestimmend waren: Machtgewinn und Posten, die für korrupte Inhaber sehr lukrativ sein konnten.

König Norodom Sihanouk war seit Anfang 2004 zu medizinischen Behandlungen in Nordkorea und China. Er hatte die Angewohnheit, sich des Internets als Kommunikationsmöglichkeit zu bedienen, und zwar auf eine durchaus originelle Weise: Fast täglich schrieb er mit der Hand einige Notizen, Kommentare oder Glossen zum aktuellen Geschehen in französischer Sprache auf kleine Blätter nieder, ließ sie einscannen und ins Netz stellen. Daneben gab es Zuschriften und seine Antworten darauf, Interviews und „historische“ Anmerkungen. Gelegentlich waren auch Artikel aus der kambodschanischen Presse mit seinen handschriftlichen Randbemerkungen zu lesen. Häufig trugen diese Notizen die Überschrift „Drôlerie“, was man frei und modern journalistisch aufgepeppt mit „Nachrichten von der Spaßfront“ übersetzen könnte. Sie sind in einer einfachen und gelegentlich pedantischen Sprache formuliert, sehr oft aber beißend ironisch.⁶⁸ Ich werte sie nicht als offizielle Verlautbarungen des Monarchen, sondern als Glossen und Reflexionen eines Zeitgenossen, der, wenn auch in Pjöngjang residierend, inmitten der Geschehnisse lebte und mit patriotischem Engagement und einer gewissen, in dieser Si-

67 Die restlichen Stimmen verteilten sich auf etwa 20 weitere, bedeutungslose Gruppierungen, von denen keine im Parlament vertreten sein würde.

68 www.norodomsihanouk.info. Es gibt inzwischen nur noch eine Facebook-Seite Sihanouks, die die Blogs nicht mehr enthält.

tuation in Kambodscha verständlichen Verachtung für die Politikerkaste (die „Republikaner“, wie er sie nennt) das Geschehen kommentiert. Unter gelegentlichem Rückbezug auf diese Reflexionen sollen im folgenden einige Aspekte der „unendlichen Geschichte“ dieser kambodschanischen Regierungsbildung berichtet werden.

Am 18. September 2003 richtete Hun Sen angesichts der konsequenten Weigerung der Opposition, die Konstituierung des Parlaments zu ermöglichen, eine offizielle Anfrage an den König, er möge doch in dem festgefahrenen Streit vermitteln und führte am gleichen Tag ein Gespräch mit Sihanouk⁶⁹. Hun Sen legte eine von den 73 neu gewählten Abgeordneten seiner Partei unterzeichnete Petition vor, er möge doch die Nationalversammlung einberufen (Dazu hat nach Wahlen nur der König das Recht, aber er muss dies innerhalb von 60 Tagen tun, damit eine neue Regierung gebildet werden kann). Sihanouk erklärte nach dem Treffen, er werde zurücktreten, wenn die politische Krise nicht gelöst würde. Er werde von beiden Seiten unter Druck gesetzt, entweder das Parlament einzuberufen oder dies nicht zu tun. „Wenn die Hälfte plus einer der Abgeordneten dafür stimmt, dass ich zurücktrete, werde ich dies tun.“⁷⁰

In diesem Falle müsste nach der Verfassung Chea Sim, Vorsitzender der Parlaments, die Einberufung vornehmen. Nachdem inzwischen schon Koalitionsverhandlungen zwischen der VP und der

FUNCINPEC liefen, berief König Sihanouk nun das Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung 29. September ein. Aber zu dieser Sitzung erschienen die Oppositionsparteien nicht, das Parlament war beschlussunfähig. Sihanouk war gar nicht erst gekommen, weil der Boykott vorher angekündigt worden war. Chea Sim leitete die „Farce“. Er verlas eine Botschaft, dass die kambodschanischen Wähler verlangten, ihre Vertreter im Parlament anwesend zu sehen. Sihanouk schlug nunmehr vor, alle 123 Abgeordneten in seinem Palast zum Dienst zu empfangen. Die Zeremonie könnte als rechtskräftige Berufung anerkannt werden. Aber damit wäre immer noch keine Regierung gebildet. Denn nach wie vor stand die Forderung im Raum, Hun Sen dürfe nicht neuer Regierungschef werden. Diese Forderung lehnte Hun Sen als „undemokratisch und verfassungswidrig“⁷¹ ab. Die Wahl eines anderen Premierministers, wie von Sam Rainsy gefordert, hatte Sihanouk zuvor bereits in einem „Brief an das kambodschanische Volk“ abgelehnt, denn dies wäre verfassungswidrig, weil Hun Sen der Kandidat der größten Partei sei.

Inzwischen hatten die beiden Oppositionsparteien eine „Koalition“ gebildet, die allein weiterverhandeln sollte. Am 14. Oktober erklärte Hun Sen öffentlich, dass er nur Gespräche mit einzelnen Parteien über eine evtl. Regierung zu führen bereit sei. Am 5. November trafen sich alle drei Parteiführer bei König Sihanouk in dessen Palast. Dabei einigte man sich auf eine Dreiparteienregierung. Ministerpräsident solle Hun Sen bleiben, Vorsit-

69 Der König hielt sich damals noch in Phnom Penh auf.

70 VNS 20.9.2003

71 VNS 4.10.2003

zender der Nationalversammlung Prinz Ranariddh. Dieser Vorschlag von Sihanouk bedeutete, dass es ein Parlament ohne Opposition geben würde. Alle Parteiführer zeigten sich zufrieden. Sam Rainsy, der am heftigsten die Berufung Hun Sens zu verhindern gesucht hatte, hatte offenbar die Aussicht gereizt, stellvertretender Ministerpräsidenten oder stellvertretender Parlamentspräsident zu werden.

Anlässlich der Unabhängigkeitsfeier (50. Jahrestag der Befreiung vom französischen Kolonialismus⁷²) rief König Sihanouk noch einmal alle auf, „in Einigkeit weiterzumachen als eine große kambodschanische Familie“ und fuhr nicht ohne Stolz fort: „Ich habe die schwierigsten Probleme für sie gelöst, es bleiben aber noch einige Dinge, die sie unter sich klären müssen“. Die Feier war dieses Jahr wesentlich großartiger organisiert worden als je zuvor. Inzwischen hatten die beiden Oppositionsparteien das Ergebnis des Treffens vom 5. November aber bereits in Frage gestellt, indem sie verlauten ließen, sie bestünden auf „Reformen“ vor einer Regierungsbildung.“⁷³

Nun begannen Koalitionsverhandlungen unter den drei Parteien unter schwierigen Bedingungen. Sihanouk hatte als „neutralen Boden“ in seinem Palast Räume zur Verfügung gestellt. Schnell wurde klar, dass sich die Oppositionspar-

teien immer noch nicht mit Hun Sen als Premierminister abfinden wollten. Die Gespräche zogen sich hin, der Monarch war enttäuscht und griff die beiden Oppositionsparteien öffentlich scharf an: „Die großen Strategen der FUNCINPEC und die ebenso berüchtigten in der Sam Rainsy-Partei haben alles getan und werden anscheinend alles tun, um eine neue Nationalversammlung und eine neue Regierung zu verhindern, die beide von König Sihanouk, dem Khmer-Volk und nicht zuletzt von der Internationalen Gemeinschaft verzweifelt erwartet werden.“⁷⁴

Am 14. Dezember ließ Sihanouk mitteilen, dass er angesichts der andauernden Krise eine Volksbefragung vorschlage. „Wenn diese festgefahrene Situation, diese Sackgasse noch einige Monate weiter vorherrschen sollte, werde ich unseren Souverän, das Volk, fragen, ob man nicht an eine Volksabstimmung über eine kleine Änderung der Verfassung von 1993 denken sollte. Dann würde sich unsere Demokratie endlich nicht mehr dadurch auszeichnen, dass sie von den Launen einiger hochgestellter Politiker abhängt.“⁷⁵ Am 16. Dezember gab es dann endlich die erste Sitzung des Parlaments. 118 der 123 Abgeordneten waren anwesend⁷⁶, aber die Versammlung vertagte sich nach 30 Minuten ohne Beschlüsse. Es wurden nur die Namen der Abgeordneten verlesen und ihre rechtmäßige Anwesenheit festgestellt. „Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt“,

72 Am 9. November 1953 hatte Sihanouk in einem von ihm so genannten „königlichen Kreuzzug“ die Loslösung des Protektorats von der Kolonialmacht Frankreich erklärt und die Unabhängigkeit ausgerufen, einige Monate nach der Niederlage der Franzosen in Dien Bien Phu.

73 VNS 10.11.2003

74 VNS 20.11.2003

75 VNS 15.12.2003

76 FUNCINPEC-Führer Prinz Ranariddh war nicht anwesend, er hielt sich seit Ende November im Ausland auf (Bangkok, Paris).

so der vorläufige Vorsitzende des Parlaments Chea Sim. Für ein erneutes Treffen außerhalb des Parlaments forderte Hun Sen die Respektierung des Geists vom 9. November und der an diesem Tag getroffenen Vereinbarungen⁷⁷, denn inzwischen war klar geworden, dass die Opposition von diesen Vereinbarungen nichts mehr wissen wollte.

Dies bestätigte sich alsbald. „Wenn sie wirklich an einer Lösung des Problems interessiert wären,“ sagte Hun Sen über die Oppositionsparteien, „dann könnte dies in zwei Tagen geschehen“.⁷⁸ Der Appell blieb ohne Antwort. Damit waren die Vermittlungsversuche des Königs wohl endgültig gescheitert. Aber Hun Sen machte in einer Rede am 24. Dezember noch einmal weitgehende Angebote: In einer Dreiparteienregierung würden „wichtige Positionen“ an Persönlichkeiten der FUNCINPEC und der PSR fallen. Er werde einer Verteilung im Verhältnis 60 zu 40 zustimmen.⁷⁹ Gleichzeitig drohte er, auch notfalls bis 2008 (dem Termin der nächsten Wahlen) im Amt zu bleiben.⁸⁰

Attentate und Märtyrer

Im neuen Jahr eskalierten die außerparlamentarischen Auseinandersetzungen.

77 VNS 23.12.2003

78 VNS 30.12.2003

79 Sihanouk war inzwischen nach Beijing abgereist zu medizinischen Behandlungen. In seinem Blog-Text vom 24.12.03 heißt es: „Damit sind die unendlichen rhetorischen Übungen von Sam Rainsy überflüssig“.

80 Und mit ihm, wohlgemerkt, 12 FUNCINPEC-Minister, die allerdings ihre Arbeit praktisch eingestellt hatten, trotzdem aber ihre Bezüge weiterhin einkassierten.

Am 27. Januar 2004 wurde der Gewerkschaftsführer Che Vichea (PSR) auf offener Straße erschossen. Hektisch präsentierten die Ermittlungsbehörden zwei Verdächtige, die jedoch alsbald aus Mangel an Beweisen freigelassen werden mussten. Der Mord ist bis heute unaufgeklärt.⁸¹ Als sei es bestellt worden, versah das Attentat die PSR nun mit neuen Argumenten im politischen Streit. Sam Rainsy erklärte noch am selben Tag die „Gruppe Hun Sen“ für schuldig an dem Mord. Hun Sen dementierte sofort und bezeichnete die Unterstellung als „unakzeptabel“.

Schon am 18. Oktober 2003 war ein Redakteur der FUNCINPEC-Radiostation ermordet worden, und die Schlagersängerin Touch Sunnich, die sich im Wahlkampf für Ranariddh eingesetzt hatte, wurde 21. Oktober 2003 durch Schüsse auf offener Straße schwer verletzt. Bei diesem Überfall wurde ihre Mutter erschossen. Die vier Killer entkamen unerkannt. Damals hatte Hun Sen gegen Ranariddh Klage wegen übler Nachrede erhoben, weil dieser öffentlich behauptet hatte, Hun Sen sei in die Attentate verwickelt. Der Prozess zog sich hin, u.a. weil der Angeklagte sich ins Ausland zurückgezogen hatte.

Da die Gewalttaten sehr populären Figuren galten und vor allem der Opposition Sympathien einbringen würden (was diese auch weidlich ausnutzte), ist es schwer vorstellbar, dass Hun Sen und seine Partei dahinter stecken könnten. Es ist aber auch denkbar, dass aufgebrachte

81 Die kambodschanische Polizei war bekanntermaßen sehr ineffektiv: Sie hat keinen der politischen Morde zu jener Zeit aufklären können

Hun Sen-Sympathisanten nicht soviel Weitsicht aufbrachten. Jedenfalls hat das neue Attentat es der Opposition wochenlang ermöglicht, ohne politische Argumente alle Verhandlungen zu boykottieren.

Sihanouk zitiert in einem seiner Texte zustimmend die Ansicht eines royalistischen Politikers, zumindest das Attentat auf die Schlagersängerin Sunnich habe wohl eher keinen politischen Hintergrund gehabt, denn sonst wäre nicht gleichzeitig die Mutter umgebracht worden. Entweder sei es ein Racheakt eines reichen abgewiesenen Verehrers oder die Familie ihres Mannes habe sich für ein von Mutter und Tochter aus finanziellen Gründen geduldetes solches Verhältnis gerächt. Keine junge Frau könne in Kambodscha Erfolg haben und reich werden ohne die Gunst eines reichen Liebhabers.

Auseinandersetzungen um solche Affären und entsprechende Gewalttaten waren in der Tat in Kambodscha keine Seltenheit. „Wenn ein hübsches Khmer-Mädchen zu einem reichen und mächtigen Verehrer ‚Nein‘ sagt, dann wird dieser sie auf schreckliche Weise verfolgen, wenn sie aber ‚ja‘ sagt, dann wird die ‚verratene Ehefrau‘ sie verfolgen“. Solche Taten (Säure ins Gesicht schütten, Ermordung) waren damals im allgemeinen Bewusstsein anscheinend keine Verbrechen.⁸²

Ende Januar 2004 kündigt Sam Rainsy dann an, seine und die FUNCINPEC Partei hätten die Absicht, zu fusionieren, um der VP besser entgegenzutreten zu können. Das offizielle Zusammenge-

hen sei für März vorgesehen, die neue Partei werde sich „Allianz der Demokraten“ nennen. Bis dahin, so die Ankündigung Sam Rainsys, werde es wohl keine Einigung über eine Regierung geben.

Indessen hielt sich Prinz Ranariddh seit dem 19. Januar 2004 dauerhaft in Thailand und Paris auf. Die Führer der beiden Oppositionsparteien trafen sich regelmäßig in Paris, und von dort aus wurden neue Bedingungen für eine Dreiparteienregierung formuliert. Hun Sen solle einige „politische Prinzipien“ der Allianz akzeptieren, die z.T. das Justizwesen und das Wahlgesetz betrafen. Wichtiger aber waren in Paris geäußerte Forderungen, hinter denen sich eine politische Strategie verbarg. Die neue Regierung solle „energisch gegen die illegale Immigration vorgehen“ und den „illegalen Grenzverlauf im Osten“ wieder korrigieren. Beide Forderungen haben mit Vietnam zu tun.⁸³ Die Opposition, vor allem Sam Rainsy, aber auch Sihanouk wollten diese Änderungen nun nicht mehr akzeptieren.⁸⁴ Die Sache ist sach-

83 Die Grenze zwischen Kambodscha und Vietnam war von der Kolonialmacht nach den Kautschukpflanzungen zweier französischer Autoreifenproduzenten festgelegt worden. 1963 und 1969 hatte der damalige Regierungschef Sihanouk diese Grenze als international gültig anerkannt. Frankreich und die USA stimmten zu. Dann kam der Putsch Lon Nols, und der Vietnamkrieg wurde auf Kambodscha ausgeweitet. Die Korrekturen 1980 betrafen durch Übergriffe Pol Pots annektierte strittige Gebiete und korrigierten einige allzu willkürliche Verläufe gemäß ethnischen und geographischen Bedingungen.

84 Sihanouks Kommentar dazu: „Wie jeder Khmer, der sich als Patriot fühlt, habe ich niemals akzeptiert, akzeptiere nicht und werde niemals akzeptieren, dass der offizielle und international anerkannte Grenzverlauf zu Lande und zur See,

82 Sihanouks Blog-Text vom 28.12.2003

lich kaum relevant⁸⁵, aber für die Propaganda der Opposition angeblich ein Argument dafür, dass Vietnam nach wie vor die Absicht habe, sich Kambodscha oder Teile von ihm einzuverleiben – ein altes Haupt-Agitationsthema von Pol Pot.

So schrieb Sam Rainsy in einem offenen Brief an Sihanouk: „Meine Hauptsorge gilt dem Erhalt der Einigkeit unter den patriotischen Khmer, das heißt unter all denen, die trotz der Schwächen, die Menschen immer haben, an das gefährdete Vaterland denken. Ohne die Einigkeit unter denen, die niemals dem fremden Räuber von Khmer-Land gedient haben und ihm nie dienen werden, wird unser Vaterland noch schneller in den Abgrund fahren, wird unser Kambodscha seine Chancen verspielen, in den kommenden Jahrzehnten zu überleben.“⁸⁶

Die „fremden Räuber von Khmer-Land“ – die Vietnamesen – waren für eine solche Propaganda immer noch jene „Hegemonisten“, als die sie nach 1979 in der chinesischen, der Pol Pot-Propaganda und Teilen der westlichen Presse diffamiert wurden. Sam Rainsy war auch zu den Feiern des Jahrestages der Befreiung vom Pol Pot-Regime am 7. Januar nicht erschienen, weil dieses Datum für ihn und auch einige FUNCINPEC-Politiker immer noch den „Anfang vom Ende ei-

nes unabhängigen Kambodschas und seiner territorialen Integrität“ bedeute. Das sei der „Triumph der Kolonisierung und des Expansionismus der Viets“ gewesen, kommentierte Sihanouk.⁸⁷

Mit solchen Äußerungen zu ihrer eigentlichen Motivation und zum eigentlichen Dissens mit der VP erwiesen sich die Führer der Opposition als ideologische Erben alter maoistischer Traditionen und des Anspruchs der Roten Khmer, die ein neues Großreich nach dem Muster von Angkor aufbauen wollten. Dieser Befund ist sicher eindeutig, was die PSR angeht⁸⁸, aber bei den Royalisten scheint das Bild differenzierter zu sein. International und auch in Bezug auf die Bevölkerung dürften solche Parolen auf die Dauer kaum mehr verfangen, weswegen sie auch in der öffentlichen Agitation der FUNCINPEC nicht dominant sind.

Ein dauerhaftes Provisorium

Inzwischen regierten Hun Sen und seine Partei kommissarisch weiter, auch die Regierungsmitglieder der FUNCINPEC blieben weiter im Amt. Das Provisorium begann, Züge eines antizipierten Zweiparteienbündnisses anzunehmen⁸⁹: Hun Sen reiste zum Staatsbesuch nach Beijing, Japan nahm seine Hilfsleistungen wieder auf. Die neuen Botschafter von Japan und Frankreich präsentierten dem

wie er 1963 festgelegt wurde, geändert wird.“
Blog-Text vom 12.12.2003

⁸⁵ Weil es sich einmal um ganz geringe Korrekturen handelte und zum anderen, weil es seit 1979 eine völkerrechtlich bindende Einigung gab.

⁸⁶ Offener Brief an den König vom 18. März 2004, zit. nach dem Faksimile auf Sihanouks Blog.

⁸⁷ Sihanouks Blog-Text vom 13.1.2004.

⁸⁸ Und deswegen sei auch „eine dauerhafte Einigung zwischen Hun Sen und Sam Rainsy undenkbar“ (J. C. Pomonti in *LM* 1./2.2.2004).

⁸⁹ Außer der Tatsache, dass die FUNCINPEC-Minister ihre Mandate nicht wahrnahmen – sehr wohl aber ihre Bezüge.

König ihre Beglaubigungsschreiben und nahmen dann Kontakt mit der Regierung auf. Schon im Dezember 2003 hatte die Weltbank 15 Mio. US-\$ an Entwicklungshilfe freigegeben, die seit drei Jahren gesperrt gewesen waren. Auch der Westen rechnete offenbar damit, dass das Taktieren der Opposition erfolglos bleiben würde. „Sechs Monate nach den folgenlosen Wahlen“ schrieb Philippe Schwab von der *AFP*, „hat Kambodscha immer noch keine neue Regierung – aber niemand scheint es bemerkt zu haben“⁹⁰.

Die Gebernationen, die fast die Hälfte des Haushalts von Kambodscha bestritten, verteilten weiterhin ihre Fonds, einheimische und ausländische Investitionen stiegen um 23 %, und mehr Touristen denn je besuchten die Tempel von Angkor. Ein neuer Anlauf, eine erste Volkszählung nach den Kriegen durchzuführen, wurde mit UN-Hilfe und ausländischen Experten unternommen.

Die meisten ausländischen Beobachter waren jetzt endgültig der Meinung, dass nur Hun Sen die Stabilität in einem Land garantieren könne, das in seiner Vergangenheit nur wenige Perioden des Friedens gekannt hatte. „Solange es eine Führung gibt, die ihre Pflichten erfüllt, werden wir weiterhin mit ihr zusammenarbeiten“, sagte der japanische Botschafter Fumiaki Takahashi, dessen Land Kambodschas größter Geber von Entwicklungshilfe war. Die Mitarbeiter der Regierung waren überzeugt, dass das Provisorium eine doppelte Legitimität habe: die der Wahlen von 1998 und die der Wahlen von 2003, und „niemand in der internationalen Gemeinschaft be-

streitet dies“⁹¹.

Aber die Aktivitäten des Provisoriums sind begrenzt, und deshalb bestand trotzdem Handlungsdruck. Denn solange es nicht eine neue Regierung gab, konnte die Nationalversammlung keine Gesetze erlassen. Und die ungelöste Situation konnte langfristig zu einem „Desaster für die kambodschanische Wirtschaft führen“, so der Wirtschaftsfachmann Sok Hach. Erstens nahe der Termin für die Abgabe des Beitrittsgesuchs zur WTO am 31. März. Wirtschaftsminister Cham Prasidh hatte zwar einen sechsmonatigen Aufschub erreicht, aber „wir sind nicht in der Lage, zu sagen, wann wir die Vereinbarung ratifizieren können“. Die Regierung musste auch eine Vereinbarung für ein Tribunal gegen die Führer der Roten Khmer durch das Parlament bringen, die kürzlich mit den Vereinten Nationen getroffen wurde. Außerdem waren dringend Gesetze zu verabschieden, die lange schon überfällig waren: Kampf gegen die Korruption und gegen Gewalt in der Familie, und viele weitere Gesetzesreformen, so Thun Saray, Vorsitzender einer internationalen Menschenrechtsorganisation.⁹²

Da vor allem die VP daran interessiert war, endlich eine rechtmäßige Regierung zu bilden, kamen von ihr in regelmäßigen Abständen neue Vorschläge. Aber Prinz Ranariddh hielt sich weiter unerreichbar im Ausland auf und überließ es damit praktisch Sam Rainsy, dem „Härtesten der Harten“ (Sihanouk), für die Opposition zu sprechen. Hun Sen erklärte deshalb, dass er nur noch mit der

91 ebda.

92 Die Zitate vgl. Judy Ledgerwood, Anm. 57

FUNCINPEC zu verhandeln bereit sei. Eine Dreiparteienregierung komme für ihn nun nicht mehr in Betracht, nur noch mit den Royalisten. Diese könnten ja die ihnen zustehenden Ämter auch mit „ladies und gentlemen“ besetzen, „die einer anderen Partei⁹³ angehörten“, und zwar nunmehr – ein weiteres Zugeständnis – im Verhältnis 55 zu 45 %⁹⁴.

Angesichts der Gerüchte über Geheimverhandlungen, über Spaltungstendenzen in beiden Oppositionsparteien war auch der Monarch, der das Ganze von Pjöngjang aus beobachtete, zuletzt nach eigenem Eingeständnis „am Ende meines Lateins“⁹⁵.

Endlich – eine neue Regierung

Dass schließlich zu guter Letzt doch noch eine neue Regierung gebildet wurde, scheint eine Folge der Tatsache zu sein, dass die beiden Oppositionsparteien sich wieder miteinander verzankt hatten. Prinz Ranariddh und seine FUNCINPEC-Partei merkten, dass sie vom kleineren Partner immer wieder zu einer – angesichts des Wahlergebnisses aussichtslosen – Politik der Verweigerung gezwungen wurden. Am 30. Juni 2004 wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen der VP und der FUNCINPEC unterzeichnet, am 8. Juli dann die neue Regierung von der Nationalversammlung gewählt.

Zuletzt ging es nur noch um Posten,

und der Streit darüber konnte schließlich durch eine massive Erhöhung der Anzahl der Minister, Staatssekretäre etc. geschlichtet werden. So sollte es in Zukunft 5 Vizepremierminister, 10 „Seniorminister“ und 3 „Spezialminister“ geben, über deren Aufgaben oder Verantwortungsbereich keine genauen Informationen bekannt waren. Darüber hinaus sind zwei Schlüsselpositionen im Kabinett (Verteidigung und Inneres) wie bei der ersten Koalition von 1973 doppelt besetzt, die FUNCINPEC stellt die Minister für Finanzen und Wirtschaft allein. Alle anderen Ministerämter gingen an die VP.⁹⁶

An der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. Juli nahmen die 24 Abgeordneten der SRP nicht teil, Sam Rainsy selbst war sofort nach Bekanntgabe der Koalitionsvereinbarung in die USA abgereist. Seine Rolle in der fast ein Jahr dauernden Krise wird im Rückblick deutlich: Er hat, koste es was es wolle, einen neuen Ministerpräsidenten Hun Sen zu verhindern versucht. Dabei ist es ihm zeitweise gelungen, die Royalisten mit auf die Linie dieser Politik zu ziehen. Wer ist dieser Einzelgänger? Auf der einen Seite hatte er einen gewissen Ruf als moralische Instanz gegen Korruption und damit eine beträchtliche Anhängerschaft in der Hauptstadt gefunden. Andererseits fiel er durch eine überaus harte Linie auf, wenn es um die Verhinderung von Kompromissen ging. Seine Rolle bei den vielen Zwischenfällen, Attentaten und blutigen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt bleibt zwiespältig, obwohl er immer versuchte, sich

93 Sihanouks Blog-Text vom 17.3.2004

94 Sihanouks Blog-Text vom 18.3.2004

95 Sihanouks zweiter Blog-Text vom 20.3.2004 (siehe Faksimile und Übersetzung auf S. 47f.)

96 *VNS*, 1.7.2004

und seine Anhänger als Opfer hinzustellen. Noch undurchsichtiger sind seine Beziehungen zum Ausland.

Der Westen, dem die Royalisten unter des Königs Sohn Prinz Ranariddh suspekt geworden waren, weil sie im Zweifel zu einer Zusammenarbeit mit Hun Sen bereit waren, hatte seine Unterstützung auf die kleine neue Partei konzentriert, die – mit dieser Unterstützung – vor allem in Phnom Penh relativ großen Einfluss gewinnen konnte.

Dies wurde im Vorfeld der Wahlen 2003 durch ein Ereignis schlagartig auch für internationale Beobachter offensichtlich: Am 20. Juni 2003 war der US-amerikanische Außenminister Colin Powell auf Staatsbesuch in Kambodscha und traf sich zwar mit Regierungschef Hun Sen, aber auch mit Prinz Ranariddh und Sam Rainsy. Auffallend war, dass der letztere dabei offen versuchte, Hun Sen vor dem Gast zu diffamieren, indem er ihn mit den Diktatoren Robert Mugabe und Than Shwe⁹⁷ verglich. Beobachter merkten auch an, dass die US-Fernsehanstalten ausschließlich über das Treffen mit Sam Rainsy berichteten.⁹⁸ CNN titelte: „Powell trifft kambodschanischen Oppositionsführer“, als habe es das Treffen mit dem Ministerpräsidenten (und das mit dem Führer der größeren Oppositionspartei) nicht gegeben. Da hatte es Hun Sen auch nichts genützt, dass er bei den Gesprächen Zustimmung signalisiert hatte gegenüber der von Powell vorgebrachten Forderung, ein bilaterales Abkommen zu unterzeichnen, dass das

Land keine US-Soldaten an den Internationalen Gerichtshof ausliefert.⁹⁹

In dieser Zeit brach der Zwist zwischen Prinz Ranariddh und Sam Rainsy in aller Öffentlichkeit aus. In der Presse häuften sich die kritischen Artikel über Sam Rainsy. Den Beginn machte König Sihanouk selbst, indem er gegen seine Gewohnheit, (jedenfalls bei öffentlichen Äußerungen) stets neutral zu bleiben, Sam Rainsy offen der Stiftung von Unruhe in der fast einjährigen Regierungskrise bezichtigte. Er habe seine, des Königs Bemühungen, diese Krise zu lösen, sabotiert. „Das Volk hatte erwartet, dass die drei Parteien zusammenstehen würden, um die Nation gemeinsam zu schützen, aufzubauen und so zu retten, was eigentlich zur Konsequenz hätte haben müssen, dass eine Dreiparteienregierung gebildet würde.“ Indem er dies nicht zugelassen habe, habe er „politischen Selbstmord“ begangen.

Mitte Oktober wurde im Parlament eine von 60 Abgeordneten beider Regierungsparteien unterzeichnete Petition vorgelegt, in der eine gerichtliche Verfolgung und Verurteilung des (immer noch im Ausland weilenden) Sam Rainsy verlangt wurde. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe durch sein unverantwortliches Handeln den König dazu bewegt, abzudanken. Dazu wurde in der Petition darauf hingewiesen, dass der Führer der SRP am 5. Oktober einen Brief an Sihanouk geschrieben habe, in dem er ihn davor „warnte“, dass am 8. Oktober, wenn der König aus Pjöngjang nach Kambodscha zurückkehren werde,

97 Von 1992 bis 2011 Staatsoberhaupt von Myanmar (Burma)

98 Vgl. Judy Ledgerwood, Anm. 57

99 Vgl. Khmer.org, On-Line-Dienst, Ros Sokhet, 20.6.2003

eine Demonstration gegen ihn stattfinden würde. Dieser Brief habe zu dem Entschluss des Königs beigetragen, zurückzutreten.¹⁰⁰

Die angedrohten Gerichtsprozesse liefen inzwischen, und Sam Rainsy antwortete auf jeden von ihnen mit einer Gegenklage.¹⁰¹ Inzwischen fragten sich schon viele Beobachter in Phnom Penh, ob dieser vielleicht schon einen neuen Job gefunden habe: bei der CIA.

Am 7. Oktober 2004 gab der Vorsitzende der Nationalversammlung bekannt, dass Sihanouk von seiner Funktion als König zurückgetreten sei. Die schriftliche Bitte Sihanouks, man möge ihm erlauben „sich zur Ruhe zu setzen“, wurde von seinem Sohn Ranariddh gelesen. Sihanouk gab gleichzeitig bekannt, er wolle seinen Nachfolger nicht selbst bestimmen, sondern dies einem Kronrat von 9 Mitgliedern überlassen, der noch gebildet werden müsse.¹⁰²

Obwohl er nach den Regeln des Königtums eigentlich automatisch Nachfolger seine Vaters auf dem Thorn war, kam Ranariddh diese Mitteilung zupass. Denn er wollte jetzt nicht seine mächtige politische Funktion aufgeben, um einflussloser Monarch zu werden. Schließlich wurde sein jüngerer Bruder, Prinz Norodom Sihamouni zum Nachfolger nominiert. Dieser, geboren 1953, war eine Weile Ballettänzer gewesen und beendete gerade seine Amtszeit als Botschafter seines Landes bei der UNESCO. König Sihamouni wurde gewählt und in-

thronisiert. Sihanouk hatte sich nach seiner Genesung in Siem Reap als Rentner niedergelassen.

Das Tribunal I

Schon 1979 waren die beiden wichtigsten Führer des „Demokratischen Kampuchea“, Pol Pot und Ieng Sary, wegen Völkermordes in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Aber sie waren seitdem nicht gefasst worden. Pol Pot war inzwischen gestorben und Ieng Sary von König Sihanouk begnadigt worden. Die Idee eines öffentlichen Tribunals gegen die überlebenden Verbrecher war immer wieder diskutiert und schließlich 1999 auch international aufgegriffen worden. Jetzt waren es die Vereinten Nationen, die immer dringender einen internationalen Gerichtshof verlangten und der Regierung Hun Sen vorwarfen, dies hintertrieben zu haben. Dabei war die UNO daran beteiligt gewesen, dass das erwähnte Tribunal die Angeklagten *in absentia* verurteilen musste – sie saßen in der Vollversammlung in New York als Vertreter Kambodschas.

Hun Sen wehrte sich mit dem Hinweis auf diesen Tatbestand und bezweifelte die Legitimität der UNO in diesem Fall. In einem Interview sagte er dazu: „Nach dem Eintreffen der Befreiungskräfte im Januar 1979, die von Vietnam unterstützt wurden, haben wir Pol Pot und seinen Außenminister Ieng Sary in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Doch die internationale Gemeinschaft erkannte unsere Regierung nicht an und ließ Pol Pot in den Pariser Verhandlungen über die Zukunft Kambodschas mit-

100 *VNS*, 8.9.2004 und 22.10.2004. Zum Rücktritt Sihanouks siehe weiter unten.

101 Vgl. *Cambodge soir*, 2.9.2004

102 *VNS* 8.10.2004.



Das von der UNO gebaute Gerichtsgebäude

entscheiden. Erst jetzt, nachdem die Roten Khmer von uns vernichtet wurden, fordern die Großmächte ein Menschenrechtstribunal gegen diese Schlächter. Das ist doch scheinheilig. (.....) Ich misstraue der UNO zutiefst. Sie hat die Roten Khmer künstlich am Leben erhalten, obwohl jedermann längst über die *Killing Fields*¹⁰³ Bescheid wusste. Besonders ein Mitglied des Sicherheitsrates hat das Pol Pot-Regime über Jahre finanziert.¹⁰⁴ Es ist zu erwarten, dass die UNO jeden Entschluss gegen ihre früheren Freunde blockieren wird.“¹⁰⁵

Mit dieser Auffassung stand Premier Hun Sen nicht allein. Die *Frankfurter Allgemeine* zitierte das *Asian Wall Street Journal* mit dem Verdikt, der Westen, China und die ASEAN-Länder übten sich in einer „atemberaubenden Heuchelei“ und begründeten das mit den Hinweisen, dass Pol Pot in thailändischen Krankenhäusern behandelt worden sei und dass die Nachbarn Kambodschas ihre nationalen Interessen ohne morali-

sche Bedenken verfolgt hätten.¹⁰⁶ Schon zuvor hatte die *FAZ* selber angemerkt: „Wenn man den offiziellen Äußerungen glauben darf, dann dringt Washington förmlich auf ein Tribunal, obwohl da für Amerika wenig angenehme Dinge zur Sprache kommen müssen: die kaum verheimlichte Unterstützung Pol Pots noch am Ende der achtziger Jahre, die Flagge des Rote Khmer-Regimes wurde bis 1991 vor den Vereinten Nationen aufgezogen, weil seine Guerilla der Feind des amerikanischen Feindes Vietnam war.“¹⁰⁷

Es gab also „hinreichend Veranlassung, vor allem an den vorgeblich laute- ren Absichten der UNO – und das heißt, der in ihr tonangebenden Mächte USA und China sowie ihrer Verbündeten – zu zweifeln.“¹⁰⁸ Aber in der Tradition der Kambodscha-Berichterstattung seit 1979 wurde auch jetzt wieder Hun Sen beschuldigt, das Tribunal zu „verschleppen“, obwohl er den ersten Versuch zu einem solchen schon 20 Jahre zuvor unternommen hatte. Ebenfalls seit langem bekannt war die Methode, Hun Sen alle möglichen (und vor allem die unmöglichen) negativen Absichten im Zusammenhang mit dem Tribunal zu unterstellen: „Es gibt keine Garantie, dass Herr Hun Sen sich selbst an diese (...) Vereinbarung halten wird“, schien ein Kommentator der *Washington Post*¹⁰⁹ schon zu wissen, als die angesprochene Vereinbarung noch nicht abgeschlossen war.

¹⁰⁶ *FAZ*, 8.2.2000

¹⁰⁷ *FAZ*, 10. 12.1998

¹⁰⁸ Jürgen Ostrowsky in VNK 3-4/2000.

¹⁰⁹ Abgedruckt in der *International Herald Tribune* (IHT) 16.5.2000

¹⁰³ Titel eines britischen Spielfilms von Roland Joffé aus dem Jahre 1984.

¹⁰⁴ Gemeint sind die USA.

¹⁰⁵ *Der Spiegel* 7/2000

Deutlich ausgedrückt, war die suggerierte Haltung fast in allen westlichen Zeitungen die: „Hun Sen darf es nicht gestattet werden, die Gerechtigkeit in Kambodscha zu pervertieren.“¹¹⁰

Nun sollten die Verhandlungen über ein internationales Tribunal in ein neues Stadium treten. Im Mai kamen die Regierung Hun Sens und die Vereinten Nationen auf Vermittlung der USA überein, dass mit Sitz in der Hauptstadt Phnom Penh „ein nationales Gericht mit internationalem Charakter“ eingerichtet werden solle, wie der US-Unterhändler, Senator John Kerry, es ausdrückte. Es solle aus drei Kammern bestehen, mehrheitlich mit kambodschanischen Richtern besetzt werden, zusätzlich solle der UN-Generalsekretär jeweils eine Anzahl ausländischer Juristen als Beisitzer ernennen. Für Entscheidungen wurde eine Zwei-Drittel-Mehrheit festgesetzt, so dass stets mindestens einer der internationalen Richter zustimmen müsse. Auch als Kläger sollten je ein Kambodschaner sowie ein ausländischer Jurist fungieren. Die Verfahrensgrundlage bildet das kambodschanische Strafrecht von 1956, das wiederum auf den „Code Pénal“ der vormaligen Kolonialmacht Frankreich zurückging.¹¹¹ Was den Umfang der möglichen Anklagepunkte betrifft, musste Phnom Penh wesentliche Zugeständnisse machen: Das Tribunal sollte ausschließlich über den Zeitraum von 1975 (dem Machtantritt der Roten Khmer) bis 1979 und die während dieser Jahre begangenen Verbrechen befinden. Das

heißt: Die Unterstützung der Roten Khmer durch die USA durfte nicht zur Sprache kommen!

Immerhin: Damit könnte ein jahrelanger Disput beendet werden, den vordergründig die Regierung Hun Sen und das UN-Generalsekretariat hatten und in dem die westliche Presse Premier Hun Sen stereotyp die Rolle des Verhinderers und Schurken zuwies. So wurde je nach aktuellem Anlass immer wieder die Unterstellung verbreitet, Hun Sen lege es auf eine völlige Schonung der ehemaligen Pol Pot-Getreuen, auf eine „Natürliche Lösung“ aufgrund des hohen Lebensalters der ehemaligen Gewalttäter an, und verfolge eine Politik der „Winkezüge“, weil er selbst unangenehme Konsequenzen fürchte.¹¹² Zumeist wird dabei geflissentlich unterschlagen, dass es gerade die UNO war, die erst 1996 (!) zu einer Resolution bereit war, in der die Roten Khmer verurteilt wurden.

Kambodschas Justizwesen war durch die Ausrottung der Intelligenz unter Pol Pot immer noch unterentwickelt, gewiss korruptionsanfällig und mutmaßlich auch nicht im idealen Maße unabhängig. Aber diese Tatsache wurde in der westlichen Presse nur dazu benutzt, alle diese Probleme als Machenschaften Hun Sens zu bezeichnen. Keiner kam auf die Idee, dass man dem Land auch in dieser Hinsicht helfen müsse.

Der *Spiegel* ließ Hun Sen immerhin einmal zu Wort kommen. „Ich möchte“, sagte er „dass die Tragödie in einem rechtsstaatlichen Prozess aufgerollt wird, und zwar die Zeitspanne von der Ermächtigung Lon Nols im April 1975 bis

¹¹⁰ *IHT*, 24. April 2000

¹¹¹ Ausgeschlossen wurde freilich die damals noch mögliche Verhängung der Todesstrafe

¹¹² vgl. *FR* vom 3. 8. 1999.

zum Eintreffen der Befreiungskräfte“, und: „Sogar die Anwälte von Ta Mok fordern, dass neben ihren Mandanten auch all jene Staatsmänner angeklagt werden, die den Roten Khmer jahrelang den Rücken stärkten.“¹¹³ Das Interesse, die zu beurteilenden Jahre und den Prozessgegenstand auf persönlich Verantwortliche bzw. Täter zu beschränken, war deutlich und wurde von einem „ganz hohen Funktionär“ Pekings ganz offen so auf den Punkt gebracht: Pol Pot sei „ein Schlächter, aber wir brauchen ihn gegen die Vietnamesen“.¹¹⁴

Entsprechend schwierig war also die Situation Phnom Penhs, das nach wie vor auf internationale Hilfe und damit auf Kompromisse angewiesen war. Außerdem wurde das Tribunal in der Bevölkerung Kambodschas nicht nur positiv aufgenommen. Viele setzten eher auf Vergessen, zumindest aber auf vorläufiges Stillhalten wegen der Fragilität des gegenwärtig herrschenden Friedens. Kassie Neou, Leiter des kambodschanischen Instituts für Menschenrechte, bringt diese Position zum Ausdruck: „Erstmals seit langer Zeit sehen wir Hoffnung und Stabilität. Die allgemeine Öffentlichkeit möchte sich dieses Friedens erfreuen. Sie möchte Zeit gewinnen, damit dieser stabil wird. Wir wollen Gerechtigkeit nicht in Abrede stellen, aber wir sollten damit warten.“ Denn hier könne ein Krieg jederzeit angezettelt werden. „Überall gibt es Waffen, und wir wissen aus Erfahrung, dass keine auswärtige Regierung Gewalt hier ver-

hindern kann“¹¹⁵

Für ein ordentliches Gerichtsverfahren war die Beweislage für eine Anklage ausgezeichnet, denn dank der Arbeit eines Teams unter Leitung des Journalisten und Yale-Professors Ben Kiernan standen schon etwa 350.000 Seiten an Protokollen zur Verfügung, die über sämtliche Verhöre der Geheimpolizei, über alle angewandten Foltermethoden akribisch Auskunft gaben und – neben anderen Schergen immer wieder die ehemaligen Rote Khmer-Führer Nuon Chea und Ieng Sary, zuweilen auch den Ex-Regierungschef und Ideologen Khieu Samphan konkret belasteten.

Zudem befanden sie sich alle in Haft bzw. im Zugriffsbereich der kambodschanischen Behörden – zumindest theoretisch. „Gegenwärtig halten wir Ta Mok, den ehemaligen Militärführer, und Deuch, den Leiter des Folterzentrums S-21 in Phnom Penh (Tuol Sleng), in Haft. Allein Deuch ist für den Tod von über 30.000 Menschen verantwortlich“, erläuterte Premier Hun Sen im *Spiegel*-Interview. „Niemand würde trauern, so ist anzunehmen, wenn beide für den Rest ihres Lebens hinter Gittern blieben, auch nicht ihre einstigen Mordgesellen, für die längst das Motto gilt ‚Rette sich, wer kann, jeder für sich!‘“¹¹⁶

Jenseits solcher ‚einfachen‘ Fälle begannen die Schwierigkeiten bezüglich anderer Hauptverantwortlicher. Mit Ieng Sary war einer von ihnen durch König Sihanouk amnestiert worden und vermochte daraufhin einen Staat im Staate aufzuziehen, in den zahlreiche nur

113 *Der Spiegel* 12/1999.

114 Zit. nach *FAZ* vom 10.12.1998.

115 Ostrowsky a.a.O. Das Zitat: *IHT* 18.4.2000

116 *Der Spiegel* 12/1999

scheinbar demobilisierte Khmer Rouge geflohen und vorerst vor der Justiz in Sicherheit waren, wie etwa Khieu Samphan, der „Diplomat“, und Nuon Chea, der einstigen „Bruder Nr. 2“ hinter Pol Pot, eine der düstersten Gestalten der Zeit von 1975 bis 1979.

Auf Zugriffsversuche der Regierung reagierten diese mit der Drohung, den Bürgerkrieg wieder aufleben zu lassen. Aber ein neuerlicher Buschkrieg war das Letzte, was das im Aufbau befindliche Land gebrauchen konnte, auch wenn er auf eine kleine Region begrenzt bliebe. „Zudem stricken die ehemaligen Rote Khmer-Führer an der Legende eines nationalen Anliegens, das sie motiviert habe – gegen den Erzfeind Vietnam. Und der Firmis über diesem dunklen Aspekt der kambodschanischen Kollektivempfindungen ist dünn.“¹¹⁷

Es schien zu dieser Zeit angesichts der Planungen des Tribunals einen Widerspruch zwischen zwei Zielen zu geben: „Wir wollen Gerechtigkeit und Frieden. Aber können wir beides zugleich haben?“¹¹⁸

Das Tribunal selbst zog sich – nachdem erst einmal ein entsprechendes Gebäude dafür in Phnom Penh errichtet werden musste – noch mehr als zehn Jahre lang hin, in denen andere Dinge sich ereigneten.

Die Wahlen 2008 und 2013

Bei den nächsten Wahlen am 27. Juli 2008 erreichte die Volkspartei von Hun Sen zum ersten Mal allein die absolute Mehrheit (90 der 123) der Sitze. Die Sam Rainsy-Partei landete weit abgeschlagen auf Platz zwei mit 26 Sitzen, eine neue „Menschenrechtspartei“ errang 3 Sitze und die ehemaligen „Royalisten“, jetzt aufgespalten in die „Ranariddh-Partei und die alte FUNCINPEC, je 2 Sitze. Sie waren damit in die Gruppe „ferner liefern“ abgesunken. Die Wahlbeteiligung lag mit 74 % unter der der letzten Wahlen. Es war, in abgewandelter Form, jetzt jenes Zwei-Parteiensystem erreicht, das vom Westen von Anfang an favorisiert worden war. Sam Rainsy hatte jetzt, angesichts der absoluten Mehrheit Hun Sens, nur noch die Möglichkeit, durch außerparlamentarische Aktionen die Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Das führte dazu, dass mit seiner Opposition weder eine absolute, noch eine Verständigung in weniger wichtigen Entscheidungen möglich war. Dies wurde noch deutlicher bei den nächsten Wahlen, die 2013 stattfanden.

Diese Wahlen sind bemerkenswert, weil sie von der westlichen Presse für so wichtig gehalten wurden, dass es sogar Vorausberichte vor dem Stimmengang gab. Diese galten vor allem einem der Kandidaten, der erst Tage vor der Wahl überhaupt ins Land zurückgekehrt war: Sam Rainsy. Denn dieser war im Jahre 2009 wieder einmal ins Ausland geflüchtet, um der Vollstreckung eines Gerichtsurteils gegen ihn zu entkommen. In unseren Medien wurde dieses Urteil ohne

117 Ostrowsky, a.a.O.

118 Mong You Hern, Überlebender des Pol Pot Regimes und später Reparaturarbeiter des Telefondienstes, zit. nach *IHT*, 18.4.2000

Angabe von Details als ein „politisches“ qualifiziert, also ein ungerechtes. Es war aber längst bekannt, wessen sich Sam Rainsy schuldig gemacht hatte: Mit seiner Vorliebe für spektakuläre Aktionen war er an die Grenze zu Vietnam im Osten gereist und hatte dort vor der herbeigerufenen Presse Grenzsteine ausgerissen, einige Meter weiter, in vietnamesisches Territorium geschleppt und dort wieder eingegraben. Er wolle damit, sagte er den Reportern, gegen die Einigung über den Grenzverlauf zwischen beiden Ländern, die in jahrelangen Verhandlungen kurz zuvor erzielt worden war, protestieren. Er wurde daraufhin angeklagt und verurteilt und entzog sich der Vollstreckung durch Flucht ins Ausland.¹¹⁹

Seine Rückkehr war für die westliche Presse der einzige Grund, über die Wahlen überhaupt so ausführlich zu berichten. Den Lesern wurde dabei eine Situation beschrieben, die sie schon zur Genüge kannten: Es gebe in Phnom Penh eine „autoritäre“ Regierung, die durch dreiste Machenschaften vor und bei den Wahlen dafür sorgen würde, dass sie im Amt bleibe.¹²⁰ Da Sam Rainsy wie üblich schon vor den Wahlen behauptete, sie würden von der Regierungspartei manipuliert, wussten die westlichen Leser schon im Voraus: Hun Sen wird siegen, aber es wird nicht mit rechten Din-

gen zugegangen sein. Und so kam es: Hun Sen gewann die Wahl, aber Sam Rainsy hätte sie gewinnen müssen.

Gewählt wurde am 28. Juli 2013 in 19.000 Wahllokalen, von denen die meisten in neu gebauten Schulen eingerichtet waren. Die VP erhielt 3.278.729, die „Nationale Rettungspartei“¹²¹ 2.941.133 Stimmen. Die Sitzverteilung in der Nationalversammlung war demnach wie folgt: 69 Sitze für die VP, 55 Sitze für Sam Rainsy. Hun Sen verlor einen Teil seiner früheren Wählerschaft, Sam Rainsy gewann viele Wähler dazu.

Über die Gründe für diesen Ausgang gab es verschiedene Theorien in der Presse. Zum Sieg der VP hätten die Verdienste der verschiedenen Regierungen unter Hun Sen und Heng Samrin beigetragen. Sie hätten dafür gesorgt, dass sich im Land der Lebensstandard verbessert habe, die Infrastruktur ausgebaut worden sei (Straßen, Brücken, Schulen). „Vom wirtschaftlichen Wachstum hat ein Teil der Bevölkerung profitiert“.¹²² Außerdem wurden Hun Sen und seine Partei, vor allem in der ländlichen Bevölkerung, immer noch mit den Befreiern vom Pol Pot-Regime assoziiert.

Sam Rainsy konnte im Wahlkampf nicht auf eigene Verdienste hinweisen, musste deshalb Versprechungen machen. Diese betrafen zum Teil Reformen, die vor allem zur Abschaffung des gegenwärtigen Regimes führen sollten, aber als soziale Forderungen formuliert wurden: Erhöhung der öffentlichen Gehälter, Rente mit 65, Senkung des Benzinpreises, kostenfreie Gesundheitsversorgung

119 Und zwar diesmal nicht nach Frankreich, sondern in die USA.

120 Ich beziehe mich bei dieser zusammenfassenden Presseschau vor allem auf drei große Artikel (27/28. Juli, 30. Juli, 10. August) in der FR. Die Berichte in den anderen deutschen Tageszeitungen dürften in der Tendenz ähnlich gewesen sein, da sie sich wie die FR auf die Nachrichtenagenturen AFP und dpa stützten.

121 Früher „Partei Sam Rainsy“

122 LM 30.7.2013.



Sam Rainsy im Wahlkampf

für die Armen und – vor allem: Beseitigung der Korruption. Sam Rainsy trat als „Inkarnation des Willens auf, ein System, das der Korruption und des Nepotismus beschuldigt wird, zu beseitigen“¹²³.

Beigetragen zu seinem überraschend guten Wahlergebnis hat wohl auch die Tatsache, dass die Jugend in den urbanen Zentren kaum noch Erinnerungen an die Pol Pot-Zeit hatte und deshalb der Nimbus der Befreiung bei ihr nicht zog. Es ist im Nachhinein kaum exakt festzustellen, inwieweit sein Wahlerfolg mit dem Hauptargument seines Wahlkampfes zu tun hatte: der Hetze gegen Vietnam. „Sam Rainsy hat niemals gezögert, die antivietnamesische Karte

zu ziehen.“¹²⁴ Vietnam betreibe immer noch eine heimliche Immigration von Vietnamesen nach Kambodscha, die Regierung in Hanoi betreibe eine „hegemoniale Politik“. Solche Behauptungen waren nicht nur gefährlich für die in Kambodscha lebende vietnamesische Minderheit (700.000)¹²⁵ und liefen auf eine Umkehrung der offiziellen Außen- und Friedenspolitik des Landes hinaus. Insofern „spielt Sam Rainsy mit der rassistischen Propaganda gegen die Vietnamesen ein gefährliches Spiel“¹²⁶, auch weil damit versucht werde, politische Positionen der Roten Khmer wieder salonfähig zu machen und Zwietracht in der Region zu säen.

Die Propaganda gegen Vietnam ist natürlich in Kambodscha nicht verboten, das „Verletzen“ der Grenze durch Beschädigen und Umsetzen von Grenzmarkierungen ist aber eine Straftat. Normalerweise hätte also Sam Rainsy bei der Rückkehr aufgrund dieses Urteils verhaftet werden müssen. Aber er war schon vom kambodschanischen König auf Bitten Hun Sens „begnadigt“ worden. Daraufhin durfte er zurückkehren mit der Auflage, nicht zu den Wahlen zu kandidieren. Über die Gründe dieses Entgegenkommens der Regierung gab es mehrere Meinungen. Eine davon vermutete, dass Hun Sen von den USA unter äußersten Druck gesetzt worden war, Sam Rainsy zuzulassen, wenn er nicht riskieren wollte, dass Kambodscha die gesamte US-Entwicklungshilfe entzogen

124 LM 10.8.2013

125 Und knüpfte an unter Pol Pot verordnete Resentiments an.

126 Ebda.

123 Ebda.

würde.¹²⁷

Nach den Wahlen erhob Sam Rainsy sofort schwere Vorwürfe gegen die VP. Sie habe die Wählerlisten manipuliert, Verstorbene abstimmen lassen, oppositionelle Wähler unter Druck gesetzt, Stimmen verschwinden lassen usw.¹²⁸

Natürlich hatte Hun Sen mit solchen Behauptungen gerechnet, sie waren ja schon vor der Wahl geäußert und in allen westlichen Zeitungen zitiert worden. Seine Regierung richtete ein Nationales Wahlkomitee (NEC) ein, eine Art Schiedsgericht bei Beschwerden und eine Meldestelle für Wahlhelfer und Wahlbeobachter. Sam Rainsy lehnte es ab, Vertreter seiner Partei in dieses Gremium zu schicken. Es gab darüber hinaus 243 internationale Beobachter aus 29 Ländern des ASEAN-Paktes sowie aus Russland, Neuseeland, Indien, den USA und Großbritannien.

Nach Berichten der kambodschanischen und vietnamesischen Presse¹²⁹ gab es im Wahlkampf etwa 150 Klagen, in

denen Parteien sich gegenseitig beschuldigten, den Wahlkampf behindert zu haben. Es ging meistens um Zerstörungen von Parteischildern, Fahnen oder Plakaten, aber auch Störungen von Kundgebungen und Androhungen von Gewalt. Die meisten von ihnen konnten ad hoc vom NEC geklärt werden. Während der Wahl selbst habe es kaum Vorfälle gegeben, so Tep Nytha, Generalsekretär des NEC. Er fügte hinzu: „Das Komitee wird sie alle prüfen, und diejenigen, die nicht sofort geklärt werden könnten, werden wir, wenn nötig, einer gerichtlichen Untersuchung zuführen“.

Die ausländischen Wahlbeobachter betonten, der Wahlgang sei „alles in allem friedlich, gewaltlos und ruhig verlaufen“, so Jose de Venecia, philippinischer Regierungssprecher. Er war der Leiter der Gruppe, die von internationalen Institutionen entsandt worden war. Auch die anderen ausländischen Beobachter (dabei auch Journalisten) berichteten, „außer einem Vorfall in einem Büro des kommunalen Wahlkomitees im Distrikt Menachey (Phnom Penh)“ seien die Wahlen „reibungslos verlaufen“.

Sam Rainsy blieb bei seinen Vorwürfen, es habe massive Unregelmäßigkeiten gegeben. Das NEC schlug daraufhin vor, eine spezielle Kommission zu gründen, die diesen Vorwürfen konkret nachgehen sollte. Sam Rainsy weigerte sich, dabei mitzuarbeiten und verlangte eine internationale Kontrolle unter der Führung der UNO. Indessen hatte jedoch UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon ein Glückwunschtelegramm an Hun Sen geschickt. Ebenso mehrere Regierungschefs von ASEAN-Staaten.

127 Diese Vermutung wurde allerdings m. W. nicht in Kambodscha, sondern nur in einer westlichen Zeitung geäußert: *Die Tagespost* vom 18. Juli. 2013. Sie macht aber Sinn, denn Sam Rainsy war in früheren Wahlen stets der Kandidat der USA gewesen.

128 Angesichts des unerwartet hohen Ergebnisses für die Partei Sam Rainsys fragt man sich, warum die VP mit all ihren angeblichen kriminellen Fälschungsmaßnahmen dies nicht zu verhindern gewusst hat. Sam Rainsy behauptete sogar, seine Partei hätte eigentlich mit 63 Sitzen die Mehrheit im Parlament gewonnen. *LM*, 16.8.2013

129 Vor allem der *VNS*, die im zeitliche Umkreis der Wahlen fast täglich berichtete, sowie der englischsprachigen kambodschanischen Zeitung *The Cambodian Herald*. Beide druckten häufig Meldungen der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* oder der französischen *AFP* einfach nach.

Aufrufe zur Einheit

Hun Sen hoffte aber immer noch, sich mit seinem Rivalen im nationalen Interesse einigen zu können. In seiner ersten öffentlichen Versammlung nach den Wahlen sagte Hun Sen, es komme nicht so sehr darauf an, wer gewonnen und wer verloren habe, solange das Land dadurch nicht gespalten würde. Er schlug die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, die „mit der Opposition laufend die wichtigsten aktuellen Probleme und Beschlüsse beraten“ solle. Um die Wogen zu glätten, sollte die Veröffentlichung des amtlichen Wahlergebnisses verschoben werden.¹³⁰

Auch der kambodschanische König Norodom Sihamoni hatte die beiden Parteien zum Dialog aufgerufen.¹³¹ Bei einem Treffen von Vertretern beider Parteien gab es den einstimmigen Beschluss, die geplante Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Aber nur wenige Stunden später erklärte Sam Rainsy öffentlich, dass seine Partei nicht in der Arbeitsgruppe mitarbeiten werde. Und er drohte offen mit „Massendemonstrationen im ganzen Land“, und zwar solange, bis das Ergebnis korrigiert sei.¹³²

Aufrufe zur Einigkeit haben in Kambodscha und in ganz Südostasien einen historisch-traditionellen Kontext. Der politischen Kultur dieser Länder liegt das Prinzip der Einheit und Einigkeit zugrunde, was in Vietnam vor allem auf konfuzianische Traditionen zurück-

geht. In moderner Zeit sieht man eine Einparteienregierung ebenfalls in dieser Tradition. Man verwehrt sich dort gegen den Vorwurf, das sei undemokratisch mit dem Argument, dass Demokratie und Mehrparteiensystem einander nicht bedingen.

In Vietnam und Laos war das Streben nach Einheit (nicht identisch mit dem Streben nach einer Partei) im Kampf gegen die äußere Aggression, und dann beim diplomatischen Ringen um eine Nachkriegsordnung für die Region (z. B. in Genf und Paris) ein durchgehendes Motiv und Ziel der beteiligten Politiker gewesen. Die USA haben solche Bestrebungen stets zu unterbinden versucht, was sich am besten am Beispiel von Laos zeigen lässt.¹³³

Deswegen muss man bei solchen Gelegenheiten beachten, dass es sich bei den Aufrufen zur Einheit weder um die Forderung nach der Bildung einer Koalition noch unbedingt zu einer Einparteien-Regierung handelt. Im Gegensatz zu den beiden anderen indochinesischen Ländern war das politische System in Kambodscha seit der Befreiung vom Pol Pot-Regime von zwei Elementen geprägt: dem traditionellen Prinzip der Nationalen Einheit und dem Konkurrenzprinzip westlicher Demokratieformen. Sam Rainsy praktizierte in diesem Moment das letztere aggressiv als Kampf gegen den politischen Gegner, jedoch unter bewusstem Bruch der Regeln der Demokratie nach westlichem Muster. Demgegenüber berief sich Hun Sen auf

¹³⁰ VNS 10.8.2013

¹³¹ *The Cambodian Herald*, zit. nach VNS 9.8.2013

¹³² Beide Zitate in *The Cambodian Herald*, zit. nach VNS 01.2008.

¹³³ Vgl. Günter Giesenfeld (Anm. 2), wo diese Ereignisse im Detail nachgezeichnet werden auf S. 218ff.

Mon 2^{ème} texte pour la 20 Mars 2004

Proclama, par Norodom Ranariddh

La "suite" de ce magnifique "roman" sur la nouvelle "lune de miel" ^{1^{ère}} H. Ranariddh - ^{laquelle} s'avère de plus en plus "compliquée", dans laquelle les diplomates, les "observateurs", les "analystes" s'embourgeoisent avec un plaisir quasi sadique.

Moi, à Beijing, j'y perds "mon latin" rien qu'en lisant quelques articles de presse envoyés de Phnom Penh.

Les Hunsiénians crient "Cocorico", et cela est bien compréhensible.

Mais les Funciépécites se divi-
- sent dangereusement. de plus en plus "profondément" et

La PTK devient ridicule quand il proclame, contre toute évidence, que "L'Alliance est plus solide, plus "strong" (forte) que jamais".

Quelques hauts-politiciens PTK avaient qu'ils veulent goûter ^à ce nectar, ce miel offert par les 2 grands Tamudech, dans le cadre de ce fantomatique "nouveau gt" "deux-et-demi". Ces distingués Politiciens, pour sauver la face, disent sans ambages qu'il s'agit bien d'un gt "tripartite" et que cette entrée par la petite porte est en réalité une entrée par la grande porte puisque les 45% de hauts et lucratifs "jobs" offerts par ^{le} Strongman (à SKP Ranariddh)

L. V. P. scrib

Zweiter Text zum 20. März 2004

„Drôlerie“ von Norodom Sihanouk.

(Übersetzung des Faksimiles auf der vorigen Seite)

Die neueste „Folge“ jenes wundervollen „Romans“ über den neuen „Honigmond“ zwischen Prinz Ranariddh und Samdech* Hun Sen stellt sich als immer komplizierter heraus, und die Diplomaten, die „Beobachter“ und „Analytiker“ verheddern sich mehr und mehr in diesem Chaos, aber mit einem fast sadistischen Vergnügen.

Ich, hier in Peking, bin jedenfalls „mit meinem Latein am Ende“, wenn ich auch nur die paar Artikel lese, die mir aus Phnom Penh geschickt werden.

Die Hunsenisten schreien „Kikeriki“, und das ist sehr verständlich. Aber die Fucinpecisten spalten sich unterdessen in gefährlichem Ausmaß. Und die PSR macht sich lächerlich, wenn sie lauthals verkündet, die „Allianz“ sei „stärker und geschlossener denn je“.

Einige hohe PSR-Politiker wissen, dass sie gerne von jenem Nektar kosten, den göttlichen Honig genießen wollen, den ihnen die beiden großen Samdechs im Rahmen jener geisterhaften „neuen Regierung“, genannt „zweieinhalb“ bieten.** Diese hochgeachteten Politiker sagen, um ihr Gesicht zu wahren, frei heraus, daß es sich sehr wohl um eine „Dreiparteienregierung“ handle, und daß sie in dieselbe durch die Haupttür und nicht durch die Hintertür eintreten würden, weil doch jene 45 % der lukrativen Posten, die Samdech „Starker Mann“ an Ranariddh abtreten will, 50 zu 50 verteilt würden – was, nebenbei gesagt, bedeuten würde, dass sich ein Teil der Ranariddhisten definitiv von Prinz Ranariddh abwenden würde.

* Samdech: Ehrerbietige Khmer-Anrede: etwa „Hoheit“

** Anspielung auf Huns Sens Angebot, Ranariddh könne ja PSR-Leute als private „Ladies und Gentlemen“ an der Regierung beteiligen.

die traditionelle Suche nach Einheit. In früheren Zeiten hat Prinz Sihanouk als König und als Premierminister zuweilen sehr geschickt die beiden Prinzipien gegeneinander ausgespielt oder genutzt, was manchmal auch positive Folgen hatte.

Die irrationale Verbissenheit Sam Rainsys, einen angesichts der Kräfteverhältnisse demokratisch nicht legitimierten und zudem aussichtslosen Kampf zu führen, hat damals viele Beobachter irritiert und es kamen Vermutungen auf, dass hinter diesem Verhalten eine Einflussnahme der USA stecken könnte.¹³⁴

Als nunmehr durch die Aktionen Sam Rainsys wieder einmal eine Regierungsbildung in unabsehbare Ferne zu rücken drohte, beorderte Hun Sen Soldaten in die Hauptstadt, die „gewalttätige Proteste gegen die Regierungsbildung verhindern sollen“. Nach den Worten des Armeesprechers Khen Tito gehe es dabei keineswegs darum „Bürger einzuschüchtern. Wir unterbinden keine friedlichen Demonstrationen, aber wenn die Proteste in Gewalt umschlagen, wird das Militär einschreiten.“¹³⁵

Trotzdem dauerte es wieder sehr lange, bis zum Juli 2014, bis eine neue, dem Wahlergebnis entsprechende Regierung gebildet werden konnte. 2016 verließ Sam Rainsy Kambodscha erneut, nachdem er der Verleumdung und Auf-

134 Es wurde oft behauptet, Rainsy sei ein Agent der CIA. Die Vermutung ist sehr naheliegend, dazu würde auch passen, dass er immer noch die politischen Forderungen der Roten Khmer vertritt. Auch insofern hat Sam Rainsy stets Politik gemacht im Sinne der USA – und ihres Geheimdienstes. Vgl. Anm. 54.

135 FR 10.8.2013

wiegelung angeklagt war, weil er die Regierung Hun Sen beschuldigt hatte, in den Mord an dem politischen Aktivisten Kem Ley verwickelt gewesen zu sein.¹³⁶ Im Oktober 2016 richtete er ein Gnadengesuch an Ministerpräsident Hun Sen, der dieses Mal ablehnte. „Herr Hun Sen hat schon oft die königliche Gnade für politische Gegner vermittelt, die die Regierung entweder blockiert oder behindert hatten, einschließlich mehrerer Male für Sam Rainsy, aber diesmal sagte er, ein Gnadenerweis komme nicht in Frage.“¹³⁷

Im Februar 2017 trat Sam Rainsy nur vier Monate vor den lokalen und ein Jahr vor den nationalen Wahlen als Präsident der CNRP zurück. Sein Nachfolger als Vorsitzender wurde Kem Sokha. Die „Nationale Rettungspartei“ wurde durch das Oberste Gericht schließlich Mitte November 2017 wegen Aufwiegelung zu Demonstrationen verboten.

Das Tribunal II

In Vorbereitung des mit sehr großer Verzögerung eingerichteten Tribunals gegen die Roten Khmer konnten im Jahre 1999 zwei hochrangige Rote Khmer verhaftet werden: General Ta Mok, die letzte Nummer 1 der Roten Khmer, und Kaing Guek Eav („Deuch“), der ehemalige Leiter des Folterzentrums S-21 in Phnom

Penh (Toul Sleng), der einige Jahre unerkannt für die UNO gearbeitet hatte. Ta Mok hatte bis zu seiner Verhaftung unter falschem Namen in Kambodscha und Thailand gelebt. Er starb 2006 im Gefängnis an Altersschwäche. Für den Auftakt der Arbeit des Tribunals (den „Prozess 001“) stand also nur ein einziger Angeklagter zur Verfügung.

Bei der Einrichtung dieses Gerichts, die erst im Januar 2001 erfolgen konnte, hatte Hun Sen bis zuletzt versucht, seine Forderung durchzusetzen, dass nur die Schreckensherrschaft der *Roten Khmer* zwischen April 1975 und Januar 1979 zu untersucht werde, sondern auch deren Unterstützung aus dem Ausland. Er scheiterte damit am strikten Widerstand vor allem der USA. Aber auch bei der Zusammensetzung des Gerichts stieß Hun Sen auf Widerstände bei dem Versuch, kambodschanische Richter zuzulassen. „„Arrogant“, wie Tony Kevin, der einstige Botschafter Australiens in Kambodscha, schreibt, lehnten Washington und die Vereinten Nationen zunächst jede Beteiligung kambodschanischer Richter rundweg ab, weil diese zu korrupt und zu politisiert seien“¹³⁸.

Lange Zeit stritt man sich auch darüber, welche Personen als Angeklagte in Frage kommen dürften: nur „die hochrangigen Führer“ der Roten Khmer, oder auch „Personen, die besonders für die Grausamkeiten verantwortlich sind“, wie es im Gesetz zur Einrichtung des Tribunals heißt.

2003 wurde das Abkommen über das Tribunal von der UNO und der kambodschanischen Regierung schließlich

¹³⁶ Er war zu dem Prozess wegen dieses Mordes als Zeuge geladen und nicht erschienen, wurde dann wegen Verleumdung der Regierung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auch in diesem Fall hatte er Hun Sen persönlich angegriffen, hinter dem Mord zu stehen. Vgl. *The Cambodia Daily*, 20.8.2016

¹³⁷ *The Cambodia Daily*, 14.10.2016

¹³⁸ *Der Freitag*, 19.1.2001



Ieng Sary



Ieng Thirith

unterzeichnet. Am 4. Oktober 2004 beschloss das kambodschanische Parlament ein Gesetz, das den Prozess gegen die noch lebenden Führungskader der Roten Khmer ermöglichte. Am 3. Juli 2006 wurden in einer feierlichen Zeremonie 27 Richter des Tribunals, unter ihnen zehn ausländische, vereidigt. Die UNO-Vereinbarung sah vor, dass kambodschanisches Prozessrecht zur Anwendung kommen sollte, dass das Gericht seinen Sitz in Phnom Penh haben sollte. Und: Auch wenn die kambodschanischen Richter die Mehrheit stellten, müsse jede Entscheidung von mindestens einem ausländischen Richter mitgetragen werden.¹³⁹

Außer dem einzigen Angeklagten, gegen den das Gericht verhandeln konnte, standen noch 9 weitere Personen auf der Liste der Ankläger, die erst noch gefasst werden mussten. Deshalb war der Prozess 001 noch relativ unproblematisch, weil die dem Angeklagten vorgeworfenen Taten alle zwischen 1975 und 1979 lagen, gut dokumentiert waren und weil sogar einige Überlebende des von

ihm geleiteten Folterzentrums vor Gericht aussagen konnten und so dem Leiden eine Identität gegeben haben. Deuch wurde zu 35 Jahren Haft verurteilt.¹⁴⁰

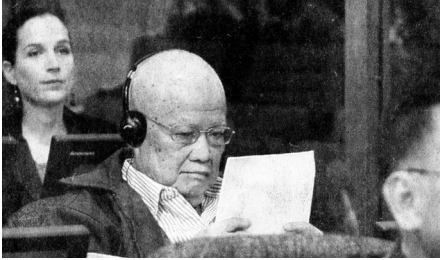
Das hätte sich in den weiteren zum Teil eröffneten Prozessen ändern können. In ihnen wurde gegen die noch lebenden höchsten Repräsentanten des Regimes verhandelt: Khieu Sampan (geboren 1931), das ehemalige Staatsoberhaupt, Ieng Sary (geboren 1925, gestorben 2013), den ehemaligen Außenminister, seine Frau Ieng Thirith (1951–2013), ehemalige Sozialministerin, Nuon Chea (geboren 1926) Stellvertreter Pol Pots und eine Art „graue Eminenz“ des Regimes. Am 19. September 2007 wurde Nuon Chea, am 12. November 2007 wurden Ieng Sary und seine Frau Ieng Thirith festgenommen. Eine Woche später wurde auch der Ex-Staatschef Khieu Samphan in einem Krankenhaus in Phnom Penh verhaftet. Alle wurden dem Tribunal überstellt.

Im Gegensatz zu Deuch, dem Henker von Toul Sleng, der vor Gericht zunächst tränenreich seine Taten bereute¹⁴¹,

¹³⁹ Es wurden frühere Tribunale in Den Haag für Taten im jugoslawischen Bürgerkrieg sowie in Arusha (Tansania) gegen die Verantwortlichen für den Völkermord in Ruanda 1994 zum Vorbild genommen.

¹⁴⁰ Über dieses Urteil vgl. *VNK* 2/2010

¹⁴¹ Dies aber, wohl auf Anraten seiner Anwälte, später wieder zurückzog. Kurze Zeit später legte er gegen sein Urteil Berufung ein, seine europäischen Anwälte forderten für ihn trotz seiner Geständnisse Freispruch *TAZ* 27. 6. 2011.



Khieu Samphan



Noun Chea

waren die späteren Hauptangeklagten keineswegs einsichtig: Arrogant und selbstbewusst leugneten sie alles ab. Sie konnten sich teure Staranwälte leisten, wie etwa den französischen Strafverteidiger Jacques Vergès, der in Frankreich bekannt geworden war als Verteidiger von Klaus Barbie und einigen internationalen Terroristen. Im ersten Verhör behauptete er, sein Mandant Khieu Samphan sei Repräsentant eines „demokratischen Kampuchea“ und infolgedessen nicht verantwortlich für die „Repressionen“. Das war schon eine sehr waghalsige Geschichtsklitterung, denn *Demokratisches Kampuchea* war der offizielle Name des Landes während der Pol Pot-Zeit, und Khieu Samphan war dessen Präsident.

Mandant und Anwalt kannten sich, sie hatten in den 1950er Jahren zur selben Zeit an der Sorbonne studiert. Kein Wunder, dass der Staatsanwalt des Tribunals, Andrew Cayley, von der „größten und kompliziertesten Anklage seit den Nürnberger Prozessen“ sprach. Da man diese Angeklagten nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft nicht einfach wegen „Völkermord“ anklagen könne, weil die Beweisführung zu heikel wäre, wurden sie „nur“ eines Massakers an der muslimischen Cham-Minderheit

und an Angehörigen der „Khmer-Krot“-Stämme beschuldigt¹⁴². Denn dazu gab es als Beweisstücke eindeutige Befehle der Führung kurz vor der Niederlage gegen die vietnamesischen Truppen.

Die Angeklagten bestritten, mit diesen Massakern etwas zu tun gehabt zu haben und behaupteten unverfroren: „Die Roten Khmer haben nicht viele Leute getötet“. Man habe nichts von den brutalen Massakern gehört, die in ihrem Reich zum Alltag gehörten. Auch die ehemalige Sozialministerin will nichts von den blutrünstigen Methoden gewusst haben, mit denen soziale Probleme „gelöst“ wurden. Bei ihr, der einzigen angeklagten Frau, waren beim Prozess Wutanfälle mit wüsten Beschuldigungen gegen das Tribunal keine Seltenheit.

Es war die Hauptstrategie der Angeklagten (und ihrer Anwälte), das Tribunal direkt anzugreifen, als illegal zu bezeichnen oder lächerlich zu machen. Am ersten Verhandlungstag (27. Juni 2013) trat Nuon Chea mit grotesk großer Sonnenbrille und Wollmütze gekleidet auf und ließ durch seinen Anwalt Michiel Pestman aus den Niederlanden vor-

142 Eine Minderheit von Kambodschanern vietnamesischer Abstammung im Süden des Landes.

tragen, das Gericht habe es versäumt, Zeugen zu hören, die das *Demokratische Kampuchea* in einen „positiven historischen Zusammenhang“ einordneten. Außerdem beuge sich das Gericht immer wieder den Einflüssen der kambodschanischen Regierung und der UNO. Deshalb erwarte er für seinen Mandanten keinen fairen Prozess, und dieser werde daher an dem Verfahren nicht weiterhin teilnehmen. Danach verließ Noun Chea den Saal. Solche Szenen ließen erahnen, wie sich die Angeklagten verhalten würden: nichts eingestehen, nichts bereuen, alles auf andere schieben; und das mit einer quälend selbstsicheren Arroganz.

Möglich waren solche Tricks vor allem, weil nur solche Straftaten verhandelt werden durften, die während der unmittelbaren Herrschaft der Roten Khmer und durch diese verübt wurden. Das schloss jede Bezugnahme auf den Vietnamkrieg oder den Kalten Krieg aus. Die Vorsitzende einer der Opferorganisationen, Theary Seng, sagte: „Ich würde sehr gern Henry Kissinger auch auf der Anklagebank sehen, aber auch die Repräsentanten anderer Länder, Chinas, Vietnams und deren Politiker, die eine Rolle gespielt haben.“ Mit den vier, die jetzt vor Gericht stünden, habe sie kein Mitleid: „Sie sind Massenmörder, die das Blut meiner Mutter, meines Vaters, meiner Tante an ihren Händen haben.“¹⁴³

Also drohte der „Prozess Nr. 002“ sehr lange zu dauern, wie an diesen Vorspielen bereits erkennbar war. Die Angeklagten konnten – anscheinend spielte Geld keine Rolle – mit den teuersten Anwälten des Westens alle Möglichkeiten

ausnutzen, die das „bürgerliche“ Recht bietet. Denn zunächst musste sich das Gericht erst einmal mit den Vorwürfen der Verteidigung beschäftigen, die seine Legitimität in Frage stellten, ehe die Beweisaufnahme beginnen konnte. Da diese Legitimität auf einem aufoktroierten Kompromiss beruhte, konnte sie auch leicht polemisch in Frage gestellt werden. Den zahlreichen kambodschanischen Zuschauern musste das alles wie ein exotischer Horrorfilm vorkommen.

Am 7. August 2014 verkündete das Tribunal die Urteile im Prozess 002. Alle vier wurden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt. Gegen diese Urteile legten sie im September 2014 Berufung ein. Die Strafen wurden im November 2016 vom Obersten Gerichtshof als angemessen aufrechterhalten.¹⁴⁴

Am 14. März 2013 starb Ieng Sary, am 22. August 2015 Ieng Thirith. In dieser Zeit gab es weiterhin eskalierende Auseinandersetzungen zwischen dem Tribunal und der kambodschanischen Regierung. Die beiden überlebenden Angeklagten des Prozesses Nr. 002, Nuon Chea und Khieu Samphan wurden 2018 zusätzlich wegen Völkermordes an den Cham-Muslimen und an ethnischen Vietnamesen verurteilt.¹⁴⁵

Weitere Verfahren – so die Prozesse 003 und 004, deren Angeklagte offiziell noch nicht bekannt gemacht wurden, sind in weite Ferne gerückt. Und der Streit über die Legitimität und die Verfahrensweisen des Gerichts ging auch 2018 weiter. Die meisten Beobachter ge-

143 Zit. nach *FR* 28.6.2011

144 *The Guardian*, 30.9.2014

145 *Die Zeit* 16.11.2018

hen davon aus, dass das Tribunal irgendwann ein stilles vorzeitiges Ende finden wird.

Die Wahlen 2018

Die nächsten Wahlen fanden 2018 statt, und seither gibt es in Kambodscha kein Mehrparteiensystem mehr. Am 29. Juli siegte die regierende VP des Premierministers Hun Sen mit 76,85 % der Stimmen und gewann sämtliche 125 Sitze des Parlaments. Möglich wurde dies durch die Auflösung der Nationalen Rettungspartei Kambodschas (CNRP) unter dem Nachfolger von Sam Rainsy, Kem Sokha, im November 2017 durch das oberste Gericht des Landes. Der Vorwurf lautete, der Interimsvorsitzende Kem Sokha, sowie andere Parteispitzen hätten mithilfe der Vereinigten Staaten ein Komplott zum Sturz der Regierung von Ministerpräsident Hun Sen geplant.

Dieser aktuelle Verschwörungsvorwurf basierte auf einem Video aus dem Jahr 2014, in dem Kem Sokha vor Parteikollegen die Beratung und Unterstützung aus Amerika anspricht. Dabei ging es um strategische Fragen zum Wahlkampf.¹⁴⁶ Kem Sokha hatte daraufhin aus dem Ausland¹⁴⁷ zum Boykott der Wahlen durch Nichtteilnahme oder Abgabe ungültiger Wahlzettel aufgerufen. Die FUNCINPEC- Partei, der sich Kem Sokha nach dem Verbot der eigenen Partei angeschlossen hatte, kam auf 5,89 % der gültigen Stimmen. Umstritten war vor allem die angeblich hohe Wahlbeteiligung

von 83,02 %, die für die regierende VP ein wichtiges Merkmal für die Legitimität des Resultats war. Sie war nämlich angesichts des Boykottaufrufs erstaunlich hoch – und wurde deswegen in der westlichen Presse prompt angezweifelt.¹⁴⁸

Dort war dann auch das Echo entsprechend. Es wurde erneut das Bild eines Landes mit einer diktatorischen Regierung zu beschworen. Und diesmal gab es eine Orgie an Schimpfkanonaden, wie man sie sich lieber damals gewünscht hätte, als Kissinger und Nixon völkerrechtswidrig und gegen jede demokratischen Prinzipien die Bombardierung Kambodscha befohlen hatten, mit der alles begann.

Natürlich steht außer Zweifel, dass das, was Hun Sen gemacht hat (Verbot der aussichtsreichsten Oppositionspartei und Verbot einer Zeitung) nach westlichen Wertvorstellungen nicht akzeptabel ist.

Hier soll aber einmal versucht werden, es von der anderen Seite her zu sehen. Meine kurze These dazu ist: Hun Sen hat lernen müssen, dass das Mehrparteiensystem, wie es sich in Kambodscha gegen seinen Willen entwickelt hatte, nicht gut für sein Land war – wohlgemerkt nicht als Prinzip oder Ideal, oder als eine funktionierende repräsentative Demokratie, sondern in der Form, wie sie von denjenigen, die sie jetzt beschädigt sehen, ihm aufgezwungen worden war.

Man muss die Ereignisse in diesem Land seit 1979 wohl eher als die Folgen

¹⁴⁶ *Neue Zürcher Zeitung*, 16.11.2017

¹⁴⁷ Auch er hatte Kambodscha verlassen, um der Vollstreckung eines Gerichtsurteils zu entgehen.

¹⁴⁸ Allerdings hatten EU und USA auf die Entsendung von Wahlbeobachtern verzichtet.

des Versuchs der USA sehen, den Vietnamkrieg mit anderen Mitteln fortzusetzen:

Die ersten Regierungen unter Heng Samrin und Hun Sen hatten gezeigt, dass man, den einheimischen Traditionen entsprechend, eine Nation schaffen wollte, die auf dem Prinzip der Einigkeit beruhte. Dieses Kernelement hat auch in Laos und Vietnam allen Versuchen zugrunde gelegen, nach unvorstellbaren Leiden und Zerstörungen eine Nation zu schaffen und aufzubauen. In Kambodscha äußerte sich dies praktisch in der Bildung von zwei Einheitsregierungen zwischen politischen Kräften, die weder auf der einen Seite nur kommunistisch, noch auf der anderen Seite nur royalistisch waren. Dieses Bemühen wurde dann vor allem durch die USA gestört und schließlich zerstört, weil diese in Kambodscha eine Möglichkeit sahen, ihre Ziele zu erreichen, nämlich, Vietnam zu bestrafen, vielleicht sogar, ihren Krieg dort doch noch zu gewinnen.

Diese Politik konnte kaum Erfolg haben, aber sie wurde trotzdem, und zwar sowohl sehr dilettantisch als auch gegen alle Regeln des Umgangs mit anderen Ländern verfolgt: Die Überfälle der Roten Khmer auf Südvietnam¹⁴⁹ hatten zur Folge, dass man es schaffte, Vietnam zum militärischen Eingreifen zu zwingen. Dieser „Erfolg“ im Sinne der USA taugte aber nicht dazu, selber einzugreifen, zumal Kambodscha durch die vietnamesischen Truppen vom Terror der Roten Khmer befreit wurde, und es

bedurfte großer politischer Anstrengungen, diesen Bündnispartner so lange „vorzeigbar“ zu halten, bis klar wurde, dass er nichts mehr nutzte.

Die nächste Stufe war die amerikanische Marionette Sam Rainsy¹⁵⁰. Dieser vom Westen hochgelobte „Oppositionspolitiker“ hatte niemals ein eigenes politisches Programm. Sein Ziel – oder seine Aufgabe – war es ausschließlich, gegen Vietnam zu hetzen. Im Kampf gegen Hun Sen ging es ihm noch nicht einmal darum, „die Macht“ für sich selbst zu erkämpfen – wenn er Premierminister hätte werden wollen, hätte er sich anders verhalten müssen. Er hätte sich nicht selbst aus der FUNCINPEC herauskatalysieren dürfen, hätte andere Partner finden müssen und nicht ständig offen gegen Gesetze verstoßen und dann vor den Strafen ins Ausland flüchten dürfen.

Hun Sen hat auf ihn sehr lange Zeit versöhnlich reagiert, ihm im Sinne der Einigkeit für den Wiederaufbau gegen den Druck von außen mehrfach mit Hilfe des Königs einen politischen Neuanfang ermöglicht. Aber das war offenbar nicht Sam Rainsys Ziel. Bei der einzigen Gelegenheit, als er endlich Politik hätte machen können und müssen, verschwand er schließlich ganz wieder ins Ausland. Sein Nachfolger als Parteivorsitzender, Kem Sokha, hatte auch in Frankreich studiert und verhielt sich genau wie Sam Rainsy.

Hun Sen hat also Erfahrungen gemacht mit dem Mehrparteiensystem, und er hat Erfahrungen gemacht mit den Ländern, die dieses System vertraten und

149 Ausländische Interessen, etwa Chinas, können auf dieser Argumentationsebene unberücksichtigt bleiben.

150 Das ist polemisch, fasst aber seine Funktion recht passend zusammen.

ihn im Namen dieses Systems kritisieren, sogar Jahrzehntelang als „Diktator“ verleumdeten.

Nun hat er sich entschieden, hat sich im Sinne seiner Feinde undemokratisch verhalten und damit mindestens erreicht, dass er jetzt tun kann, was er immer schon versucht hatte: ungestört am äußerst mühsamen Aufbau weiterzuarbeiten, Schulen zu bauen, für die Rechte der Arbeiterinnen in den Textilfabriken einzutreten, eine darniederliegende, zerstörte und vom Boykott strangulierte Wirtschaft wieder aufzubauen, die „inzwischen stabil wächst, wenn auch auf verhältnismäßig niedrigem Niveau“.

Und er hat dabei einen neuen mächtigen Unterstützer gefunden: China. Das hatte zwar zur Folge, dass sein Land zum

Beispiel Vietnam nun nicht mehr bei der Durchsetzung seiner Interessen im südchinesischen Meer unterstützt, aber vielleicht ist dieser Partner ja nicht drauf aus, sein Land zu einem *failed state* (gescheiterten Staat) werden zu lassen.¹⁵¹

Hun Sen, den ich damit nicht idealisieren, ja nicht einmal charakterisieren oder realistisch beschreiben will, soll hier als Pseudonym benutzt werden für eine fiktive Figur, die ohne Illusionen über Kambodschas Zukunft nachdenkt, wie er es vielleicht ja tut. Und er dürfte sich da gesagt haben: Viel schlimmer kann es mit China auch nicht werden – schlimm, aber möglicherweise ein bisschen weniger..

Und damit behält er ja vielleicht sogar recht.

151 *Der Spiegel* online 29.7.2018